Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 Mk., durch die Post 3,25 Mk., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Ztg." eingetragen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe „Saale-Ztg." gestattet.

Sprechpreise der Schriftleitung Nr. 1140; der Anzeigen-Abteilung Nr. 176; der Abonnements-Abteilung Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Achtundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 6 gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in unseren Annahmestellen und allen Anzeigen-Geschäften angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pfg. für Halle, auswärts 1 Mk.

Erscheint täglich zweimal. Sonntags und Montags einmal.

Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 1. Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 63. **Halle, Sonnabend, den 7. Februar** **1914.**

Mb. Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

20. Sitzung vom 6. Februar.

Am Ministertisch: Dr. Beseler.

Präsident Graf v. Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 11¼ Uhr.

Der Justiz-Etat.

Dritter Tag.

Fortsetzung der Einzelberatung beim Titel „Gehalt des Ministers".

Abg. Dr. Bell-Essen (Zentr.):

Das Wort von der „Weltfremdheit der Richter" ist beinahe ebenso ein Schlagwort geworden, wie die Behauptung, daß es bei uns eine Klassenjustiz gäbe. Eine gewisse Bevorzugung der Prädikatsassessoren ist nicht von der Hand zu weisen, aber zu viel Gewicht soll man auf das Examen auch nicht legen. Die trefflichen früheren Ausführungen des Justizministers über die Prädikatsassessoren scheinen von den nachgeordneten Behörden nicht gelesen worden zu sein, denn in den Provinzen wird nicht immer danach verfahren. Vielleicht mag dies an einer unvollständigen parlamentarischen Berichterstattung liegen. Gewiß hat die Justizverwaltung das Recht, ungeeignete Assessoren zurückzuweisen, aber es ist doch eine große Härte, wenn dies erst nach einer jahrelangen kommissarischen Beschäftigung geschieht.

So ist mir ein Fall bekannt, wo ein Assessor, der 7 Jahre lang schon beschäftigt war, den blauen Brief erhielt. Was soll denn so ein Assessor machen? Das läuft doch auf den Satz hinaus: Daß sie betteln gehn, wenn sie hungrig sind! Wenn über dem Assessor ständig das Damoklesschwert in Gestalt des blauen Briefes schwebt, so muß allmählich darunter die Zuverlässigkeit unserer Rechtsprechung leiden. Ein gewisses Verjüngungsprinzip besteht gegenwärtig in der Beförderung von Richtern und Staatsanwälten, wenigstens ist die Altersgrenze gegen früher heruntergesetzt. Die Ausführungen des Ministers über den Dortmunder Fall haben uns nicht befriedigt. Die Anwaltschaft nimmt schon selbst überall da einen Reinigungsprozeß vor, wo er angebracht ist. Mit aller Strenge hält sie ungeeignete Elemente fern. Da hätte der Minister doch auch den Anwälten den Schutz zuteil werden lassen müssen, der den übrigen Organen der Rechtspflege gewährt wird. Die von dem Abgeordneten Liebknecht erwähnte Statistik über die Kriminalität der Katholiken war das Musterbeispiel einer Statistik, wie sie nicht sein soll. Denn diese Statistik führte Verbrechen und Vergehen zusammen an. Die Behauptung des Abg. Liebknecht, daß die Religionslosen in der Kriminalstatistik am besten abschnitten, ist schon von dem „Hannoverschen Courier" in einem vortrefflichen Artikel widerlegt worden.

Ein trüber Fall aus dem Großstadtsumpf ist der Fall Hedwig Müller. Dieses Mädchen, der Typ einer sogenannten Berliner Pflanze im übelsten Sinne des Wortes, eine leichtfertige und frivole Person, hatte ihren Geliebten erschossen. Zu dieser Verhandlung drängte sich das eleganteste Damenpublikum wie zu einer Theaterpremiere. Das Tribunal darf aber nicht zur Szene werden. Ich habe den Eindruck, als ob die Gerichtsvorsitzenden dies nicht immer mit der nötigen Entschiedenheit verhindern. Ein Teil der Berliner Presse hat in geradezu skandalöser Weise Berichte über diesen Prozeß gebracht. Ein Artikel trug z. B. die Ueberschrift „Die schöne Sünderin". Eigenartig war auch die liebenswürdige Art, mit der der Vorsitzende und der Staatsanwalt die schöne Sünderin behandelten. Sogar ihre Memoiren wurden verlesen. Durch solche Sachen fördert und verstärkt man nur die Skandalsucht, die schließlich so weit ging, daß die Photographie der Mörderin in den Läden verkauft wurde. Im strikten Gegensatz zu dem Verhalten des Staatsanwalts in diesem Prozeß steht das Verhalten eines andern Staatsanwalts, der den Angeklagten bald als einen niederträchtigen, ehrabschneidenden Menschen, bald als einen Halbverrückten hinstellte. Der einzige Lichtblick in dem Knittel-Prozeß war die rückhaltlose Erklärung des Justizministers, für die wir ihm dankbar sind. Gewiß hatte der Amtsrichter Knittel sich in seinem Kampfe ums Recht vergriffen, aber deshalb dürfte man ihn doch nicht so behandeln. Gott sei Dank stellte dieser Vorsitzende nicht den Typ des deutschen Richters dar.

Es muß doch auch das Ansehen des Richterstandes herabdrücken und das Vertrauen des Volkes zur Justiz mindern, wenn ein Mann, der heute als moralisch Verkommener und Halbverrückter hingestellt wurde, morgen wieder das Richteramt ausübt. Zum Glück handelt es sich hier um einen Einzelfall, der uns aber lehrt, daß man in der Auswahl der Strafkammervorsitzenden nicht vorsichtig genug sein kann. Der schönste Lohn für einen Richter ist das Bewußtsein: Du hast Recht gesprochen ohne alle Rücksicht, ohne nach rechts und links zu sehen. (Beifall im Zentr.)

Justizminister Dr. Beseler:

Ueber den Dortmunder Fall habe ich mich gestern schon kurz ausgesprochen; ich bin aber genötigt, noch einmal darauf einzugehen. Man hat der Justizverwaltung vorgeworfen, sie hätte Anklage erheben müssen. Tatsächlich befand sich unter den Antragstellern ein Rechtsanwalt, der zu der Zeit, als der Antrag einging, sich in Untersuchungshaft wegen schwerer Urkundenfälschung befand, dem nachher der Prozeß gemacht wurde, und der sich augenblicklich in Strafhaft befindet. Man kann es bedauern, daß ein solcher Fall vorgekommen ist. Aber ob es im Interesse der Anwaltschaft und gerade dieses Anwalts gewesen wäre, derartige Dinge in breiter Oeffentlichkeit zu verhandeln, ist mir zweifelhaft. Nach Ansicht der Justizverwaltung hatten die Lokalbehörden deshalb richtig gehandelt. Die Justizverwaltung hält es durchaus für ihre Pflicht, schützend auch da einzugreifen, wo die Ehre des Anwaltstandes angegriffen wird. Dieser Fall war nach unserer redlichen Ueberzeugung nicht geeignet dazu. Ueber den Fall Knittel habe ich mich schon zweimal ausgesprochen; ich glaube, das ist genug. Ueber den Prozeß der Hedwig Müller weiß ich nichts Näheres. Träfe das aber zu, was die Zeitungen schildern, so nehme ich keinen Anstand zu sagen, daß ich das Verhalten des Vorsitzenden und Staatsanwaltes, wie es von den Zeitungen geschildert ist, nimmermehr billigen könnte. Daß ältere Richter bei der Beförderung in höhere Stellen übergangen würden, trifft nicht zu. Es wird in jedem einzelnen Falle lediglich die Tüchtigkeit genau geprüft, und der Geeignete befördert. Das trifft Jüngere und Aeltere.

Abg. Delbrück (Kons.):

Im Justizdienst werden die modernen technischen Hilfsmittel zur schnelleren Erledigung der Geschäfte, wie die Schreibmaschine, in weitem Umfange angewendet; es muß aber noch mehr geschehen, das gilt namentlich für das Telephon. Man soll die praktischen Uebungen und Besichtigungen industrieller Unternehmungen für die Referendare nicht überschätzen. Damit bekämpft man die „Weltfremdheit" der Richter nicht. Dieser Vorwurf bezieht sich nicht auf Mangel an Kenntnissen, sondern an Gründlichkeit. Die Avancementsverhältnisse der Staatsanwälte sind durch die Vermehrung der Staatsanwaltsstellen ohne eine entsprechende Vermehrung der höheren Stellen verschlechtert: da verdient die Anregung eines Wechsels der Tätigkeit als Staatsanwalt und Richter erneute Beachtung. Der Fall Knittel ist nach den Ausführungen des Justizministers für uns erledigt. Aber das eine muß ich sagen: Ob es richtig ist, in einer Weise, wie der Abg. Itschert es tat, über einen Herrn, den wir alle nicht kennen, der sich hier im Hause nicht verteidigen kann, im ganzen den Stab zu brechen, möchte ich mindestens bezweifeln. (Zustimmung rechts.) Schließlich kann jeder Vorsitzende auch einmal nervös werden.

Man hat sodann davon gesprochen, daß der Eid bei uns zu einer gewissen Formalität verknöchert sei, und daß es vielleicht zeitgemäß und richtig sei, an der Stelle des Eides die falsche Aussage unter Strafe zu stellen. Wir stehen auf absolut anderem Standpunkt. Ich selbst habe tausende von Eiden abgenommen, und ich habe die Ueberzeugung gewonnen, daß es dem größten Teil unseres Volkes mit dem Eide durchaus ernst ist. (Sehr richtig! rechts.) Wenn ein Vorsitzender einen Zeugen, der nicht schwören will, weil er nicht an Gott glaubt, nicht Glauben schenken will, so kann natürlich keine Rede davon sein, daß man einem Menschen, der nicht an Gott glaubt, ohne weiteres die Glaubwürdigkeit absprechen will. Es kommt aber darauf an, wie er es sagt, ob er etwa damit gewissermaßen vor Gericht renommiert. Ich selbst werde vorsichtig, wenn jemand mir erklärt, er schwöre nicht, weil er nicht an Gott glaubt. (Hört! hört! bei den Soz.) Es ist nicht zu billigen, wenn jemand so vor dem Gericht auftritt. (Rufe der Soz.: Man soll die Wahrheit sagen! Sonderbare Auffassung!)

Die Beschlagnahme von Postkarten mit Reproduktionen nackter künstlerischer Darstellungen ist angebracht, wenn ganze Schaufenster damit vollgehängt sind, wo vielleicht Matrosen oder Fortbildungsschüler vorübergehen. Abg. Liebknecht will die Sache nicht von der Logik, sondern vom Gefühl entschieden sehen, weil man mit der Logik alles beweisen kann. Dafür hat er mit seiner Rede allerdings den Beweis erbracht (Liebknecht: Sie haben mich gar nicht verstanden!) Gewiß, kann die Erziehung unsere Jungen dahin bringen, daß sie bei solchen Sachen nichts finden. Sind wir aber denn wirklich ein so gesund empfindendes Volk! Es ist augenblicklich eine gewisse Richtung in der Kunst, Sachen zu malen, die man früher als Studien im Atelier ließ. Z. B. ein splitternaktes Modell, das in einem Salon Tee eingießt. Seien wir doch froh, daß die Staatsanwälte nicht nach dem Gefühl entscheiden. Daß durch die Anhängung eines Ordens die Unabhängigkeit der Richter beeinträchtigt werde, ist doch unlogisch. Eher könnte eine Beeinflussung in politischer Hinsicht stattfinden. Aber auch das ist nicht der Fall. Die Sozialdemokraten selber verachten all die Gesetze, deren Befolgung uns obliegt (Widerspruch b. d. Soz.).

Selbst Abg. Liebknecht glaubt nicht, daß unsere preußischen Richter absichtlich Klassenjustiz treiben. Das ist schon ein großes Zugeständnis von sozialdemokratischer Seite. Was Abg. Dr. Liebknecht hier als Ausbeute seiner Bemühungen an Beweisen für die Klassenjustiz vorgebracht hat, ist nur ein verschwindend kleines Quantchen von Ausbeute. Daß in unruhigen Zeiten schwerere Strafen verhängt werden, ist nur begreiflich. Die Strafe dient nicht nur der Besserung, sondern auch der Abschreckung.

Abg. Cassel (Vp.):

Die Abschreckung darf nicht im Vordergrund stehen. Die Strafe soll eine Sühne für begangenes Unrecht sein. Die geringe Zahl der Einzelfälle, die hier kritisiert werden, im Verhältnis zur Gesamtzahl der verhängten Entscheidungen darf keine Rolle spielen. Denn es muß eben mit Gerechtigkeit und Unvoreingenommenheit geurteilt werden, und Ausnahmen darf es nicht geben. (Sehr richtig! links.) Wenn ein Zeuge, der in ernstem Ringen zur Ueberzeugung gekommen ist, es gebe keinen Gott, bei der Vereidigung unter Berufung auf seine Eidespflicht bekennt, er möchte nicht den Eindruck erwecken, er glaube an „Gott den Allmächtigen", bei dem er schwören müsse, so kann er deswegen nicht unglaubwürdig sein. (Sehr richtig! links.)

Der Justizetat ist nicht der richtige Ort, über Kunstfragen und Bestrebungen der Sezession lange Ausführungen zu machen. (Sehr richtig! links.) Unter dem Vorwande des Unsittlichen werden bei uns ganz harmlose Dinge verfolgt; das gilt namentlich von den gestern vom Abg. Kanzow vorgelegten Abbildungen. (Abg. Adolf Hoffmann: Das kommt auf die Phantasie des Beschauers an!) Nein, darauf kommt es wirklich nicht an, sondern auf die Unsittlichkeit der Darstellung. Abg. Kanzow hat sich mit seiner aufsehlichen Behandlung dieser Frage und die Vorlegung der betreffenden Reproduktion ein großes Verdienst erworben. (Sehr richtig! links.) Im Falle Knittel stimmen wir mit dem Abg. Itschert vollkommen überein und halten die Ausführungen des Abg. Kanzow durchaus aufrecht. Gegen die Ausführungen des Abg. Delbrück müssen wir uns ganz entschieden wenden: principiis obsta! Was der Vorsitzende mündlich sagte, entsprach durchaus nicht der Meinung des Gerichtes. Das Gericht war der Anschauung, daß der Angeklagte in bestem Glauben gehandelt habe, und daß ihm der Schutz des § 193 zur Seite stand.

Die Wiedergabe der Urteilsgründe durch den Vorsitzenden war nicht nur falsch, sondern auch eine Beleidigung des ganzen Kollegiums. Es handelte sich also nicht um etwas Harmloses, und deshalb hat Herr Itschert sich ein Verdienst erworben, die Sache mit dieser Schärfe hier vorgebracht zu haben. Ich erkenne an, daß der Justizminister im Dortmunder Falle von den besten Absichten ausgegangen ist, doch hat er den Interessen des Anwaltstandes nicht gedient. Wenn wirklich ein Anwalt wegen Urkundenfälschung in Haft saß, so hätte gerade im Interesse der anderen ehrenhaften Anwälte die Anklage erhoben werden müssen. Wir Anwälte bedanken uns für eine Ausnahmestellung, wir halten unser Schild rein und verlangen den Schutz der Justizbehörde, wenn es jemand wagt, diesen Schild zu beschmutzen. Bei solchen Pauschalbeleidigungen muß eingeschritten werden, das erfordert das Ansehen des Anwaltstandes. Nicht nur in den Großstädten herrscht ein Andrang des Publikums, sondern auch in den kleinen, die Sensationslust des Publikums ist überall dieselbe. Nach meinem Geschmack ist das auch nicht.

Ich möchte den Minister bitten, den Fall Müller nochmals zu prüfen, auf Grund von Zeitungsnachrichten sollte man kein abfälliges Urteil über Gericht und Staatsanwalt fällen. Daß der Vorsitzende und der Staatsanwalt die Angeklagte schonend behandelt haben, war in diesem Falle nötig, denn es handelte sich hier um eine sehr hysterische Person, und es bestand noch bis zu allerletzt die Gefahr, daß der Prozeß wegen des Gesundheitszustandes der Angeklagten abgebrochen werden mußte. Bei dem Urteil war jedoch von einer besonderen Rücksicht nichts zu spüren, und deshalb kann ich auch die Schlußfolgerungen des Kollegen Boll nicht billigen. Die Frage der Ausbildung der Studenten werden wir noch beim Etat des Kultusministeriums erschöpfend behandeln müssen, um zu sehen, inwieweit die Anregungen des Justizministers vom Unterrichtsminister befolgt worden sind. Wenn die Prädikats-Assessoren schon durchschnittlich nach 3 Jahren, die andern aber erst nach 6 Jahren angestellt werden, so ist das eine zu weitgehende Berücksichtigung des Prädikats. Man muß doch bedenken, daß beim Examen der Zufall eine große Rolle spielt. Ein minder gutes Prädikat müßte durch gute Leistungen in der Praxis kompensiert werden können.

Bedenklich ist es, wenn bei der Ablehnung das Schicksal eines Menschen in die Hand eines Einzelnen gelegt wird, vielleicht könnte man hier eine kollegiale Beschlußfassung einführen. Bezüglich der Stellenvermehrung stehen wir auf einem anderen Standpunkt als der Abg. Grimmann, wenn neue Richterstellen nötig sind, müssen sie bewilligt werden. Es liegt nicht im Interesse der Rechtspflege, daß so viele Richterstellen kommissarisch von Assessoren verwaltet werden. Die Dienstwohnungen dürfen nicht zu luxuriös sein und dürfen nicht zu viele Räume enthalten, weil sonst ein unverhältnismäßiger Richter eine solche Wohnung gar nicht beziehen kann. Wie im Vorjahre erhebe ich auch jetzt wieder die Forderung, daß tüchtige Vorsitzende von Handelskammern zu Landgerichtsdirektoren ernannt werden. (Abg. Liebknecht hat gesagt, der Sachverständige müsse entscheiden, nicht der Richter. (Abg. Dr. Liebknecht: Das habe ich nicht gesagt!) Jedesmal, wenn man Sie zitiert, Herr Liebknecht, wollen Sie es nicht gesagt haben. (Abg. Liebknecht begibt sich zum Redner auf die Rednertribüne und zeigt ihm das Manuskript seiner Rede. (Große Heiterkeit.) Ich kann mich jetzt nicht darauf einlassen, Ihre Rede zu lesen. (Heiterkeit.) Ich meine aber, der Sachverständige soll die Stütze des Richters sein, entscheiden muß immer der Richter selbst. Die Laien kann man bei der Rechtspflege nicht entbehren, wollte man die Laien entfernen, dann würde eine Kluft entstehen zwischen der Rechtspflege und dem Rechtsbewußtsein des Volkes. Nur wenn das Volk teil hat an der Rechtspflege, kann das lebendige Zutrauen zur Rechtspflege gedeihen. (Beifall links.)

Justizminister Dr. Beseler:

Der Abg. Delbrück hat eine möglichste Benutzung des Telephons befürwortet. Ich kann ihm erwidern, daß bereits eine Anordnung in diesem Sinne ergangen ist. Den Wunsch des Berredners, daß Handelskammervorsitzende zu Landgerichtsdirektoren ernannt würden, würde ich gern erfüllen. Nur läßt sich die Sache nicht immer so leicht machen. Bei den Dienstwohnungen wird durchaus kein unnützer Luxus getrieben, die neuen Dienstwohnungen sind alle von schlichter Einfachheit, besondere Aufwendungen werden da nicht gemacht.

Abg. Haarmann (Natl.):

Wollte ich alle Punkte aus der vorhergegangenen Debatte, die ich nicht erwähnen will, aufzählen, so würde ich damit meine Redezeit schon vollkommen ausfüllen. (Heiterkeit.) Herr Liebknecht hier gestern wieder eine sehr lange Rede gehalten, ohne viel Neues zu sagen. Wenn er nach allen seinen Angriffen auf die Justiz noch sagte, unser Richterstand wäre intakt, so wirft das nicht verschönend und anziehend, sondern nach dem Vorhergesagten doppelt abstoßend. (Zustimmung.) Beim Krupp-Prozeß hat wohl niemand so schlecht abgeschnitten wie Herr Liebknecht. Wenn er jetzt noch ganz andere Dinge zutage fördern will, so gestatte ich mir, dahinter ein großes Fragezeichen zu machen. Seine Rede war eine Rückzugskanonade. Mit geschwellten Segeln fuhr der Jüngling hinaus, und auf seinem Masse flatterte die Inschrift: „Panama". Jetzt hängt der Wimpel schlaff herunter und trägt die Inschrift: „Parturiunt montes, nascetur sidiculus mus". Wenn bei den letzten Streiks keine Ausschreitungen vorgekommen sind, so ist das ganz anderen Faktoren und Personen zuzuschreiben als den organisierten Arbeitern. Herr Liebknecht hat behauptet, Herr Röchling hätte gesagt, die Justiz müsse sich der Staatsraison unterwerfen. Im Vorjahre machte er mir denselben Vorwurf, diesmal Herrn Röchling. Es klingt ja auch besser, wenn mau einen aktiven Richter, wie Herrn Röchling, so etwas vorwirft, als einen pensionierten Beamten, wie ich es bin.

Ich habe im Vorjahr schon Herrn Liebknecht widerlegt, und Herr Röchling hat selbstverständlich so etwas auch nicht gesagt. Er sprach überhaupt nicht von einem Richter, sondern von einem Staatsmann, dem Reichskanzler. Ein gedankenloser Teil unserer Presse stellt unsern Richterstand als so weltfremd dar, wie den verstorbenen Professor Archimedes in Syrakus. (Heiterkeit.) Auf faule Ausreden der Angeklagten fallen eher ein Dutzend Geschworene hinein als ein Richter. Damit will ich die Einrichtung der Schwurgerichte nicht diskreditieren. Gegen Assessoren, die schon lange Zeit im Dienste stehen, muß während der jetzigen Uebergangszeit mit großer Milde vorgegangen werden. Mit den Ausführungen des Abg. Kanzow über den Knittelprozeß bin ich einverstanden: nur muß ich mich dagegen wenden, daß der Richter absichtlich zum Ausdruck gebracht habe, daß er mit dem Urteil nicht einverstanden sei. Das ist eine unbewiesene Verdächtigung des Vorsitzenden. Für die Dienstwohnungen muß noch mehr als bisher geschehen, namentlich müssen die Oberlandesgerichtspräsidenten Dienstwohnungen erhalten. Ich würde jetzt auf die Dinge kommen, über die ich nicht sprechen wollte, und darum schließe ich. (Große Heiterkeit.)

Abg. Dr. Bredt-Marburg (Freik.):

In dem Krupp-Prozeß ist seinerzeit der Zeuge Roetiger nicht vereidigt worden, da gegen ihn der Verdacht der Bestiliße bestand. Nun hat aber inzwischen der Prozeß Tilian stattgefunden und hat klar ergeben, daß Roetiger nur für die Jahre 1906/07, wo er Generaldirektor war, in Frage kommen kann. In diesem Jahre hat es sich lediglich um den Angeklagten Tilian gehandelt. Tilian ist nun von der Beschuldigung freigesprochen worden, nicht, wenn

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140207019/fragment/page=0001

Mangels an Beweisen, sondern weil die Beweisaufnahme zu seinem Gunsten ausgefallen ist. Durch den Tilian-Prozeß steht fest, daß Herr Roettger damals hätte vereidigt werden können, weil der Verdacht sich nicht als berechtigt erwiesen hat. Bei der hervorragenden Stellung, die Herr Roettger einnimmt, muß man Wert darauf legen, den Tatbestand hier objektiv klarzustellen, nachdem der Krupp-Prozeß hier so ausführlich behandelt worden ist.

Bei der Ausbildung der jungen Juristen wird jetzt das öffentliche Recht viel zu sehr vernachlässigt. Deshalb wird es nötig sein, daß Regierungsassessoren mit zur Ausbildung herangezogen werden. Beim Referendarexamen wird auf das öffentliche Recht gar kein Wert gelegt, deshalb kümmern sich die Studenten auch nicht darum. Das ist ein großer Fehler, denn das öffentliche Recht hat heute eine sehr große Bedeutung.

Justizminister Dr. Beseler:

Die Justizverwaltung wünscht eine umfassende gründliche Ausbildung. Die Fächer des öffentlichen Rechts werden deshalb nicht nur gelehrt, sondern sollen auch gehört werden. Die Prüfungsordnungen enthalten dahingehende Bestimmungen. Wer eine gründliche wissenschaftliche Ausbildung auf diesen Gebieten besitzt, kann sich leicht auch in fremde Gebiete einarbeiten.

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der allgemeinen Besprechung angenommen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.)

(bemerkt persönlich): Abg. Dr. Bell hat sich bei seiner Polemik über die Kriminalität der Konfessionslosen auf eine irrtümliche Statistik des „Hannoverschen Couriers" gestützt. Da das Blatt seine Angaben selbst berichtigt hat, so fallen auch die Schlußfolgerungen des Abg. Dr. Bell in sich zusammen. Redner wendet sich in längeren Ausführungen gegen den Abg. Delbrück, wird aber vom Präsidenten Grafen Schwerin-Löwitz darauf aufmerksam gemacht, daß eine persönliche Bemerkung nicht nur persönlich, sondern auch kurz sein solle. — Auch Abg. Haarmann hat meine Ausführungen über den Krupp-Prozeß falsch wiedergegeben, was allerdings auf die Berichte zurückzuführen ist, die fast in der ganzen bürgerlichen Presse ganz miserabel gewesen sind. — Bei den in den Schränken verschlossenen Aktenstücken handelte es sich gar nicht um die Firma Krupp, sondern um eine dritte in letzter Zeit vielgenannte große Firma, deren Namen ich mit Absicht nicht genannt habe.

Das Gehalt des Ministers wird bewilligt.

In der

Einzelberatung

erledigt

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

den Prozeß Kötteritz in Kottbus, in dem die Journalisten sich über den Vorsitzenden des Gerichts beschwerten. Die Eingabe der Pressevertreter an den Kammergerichtspräsidenten ist bisher noch nicht beantwortet worden; hierin liegt eine Nichtachtung der Presse. Ich frage den Minister, ob ihm dies bekannt ist, und ob er es billigt.

Abg. Haenisch (Soz.):

Bei Verfolgung streikender Arbeiter und sozialdemokratischer Redakteure zeigen die Gerichte und Staatsanwälte oft einen großen Uebereifer. In andern Fällen versagt dieser Eifer, wenn es sich z. B. um einen katholischen Geistlichen handelt. Da hatte im Kreise Dortmund ein katholischer Geistlicher ein 16jähriges evangelisches Mädchen wider Willen ihrer Eltern zum Uebertritt in die katholische Religion vorbereitet und von ihren Eltern ferngehalten. Erst durch Vermittlung des Vormundschaftsgerichts wurde das Mädchen den Eltern wieder zugeführt.

Erregte Volksversammlungen haben sich mit dieser Angelegenheit eingehend beschäftigt. Aber die Staatsanwaltschaft ist immer noch nicht eingeschritten. Es kommt mir nicht darauf an, daß der Geistliche bestraft wird, sondern nur darauf, weshalb hier bei dieser schweren Rechtsverletzung nicht sofort eingegriffen ist. Die Nationalliberalen haben freilich über diese Sache ein großes Geschrei gemacht, das hat sie aber nicht abgehalten, bei den Stadtverordnetenwahlen ein Bündnis mit dem Zentrum abzuschließen. Wir haben es ja schon oft erlebt, daß Zentrum und Nationalliberale sich vertragen, wenn es sich darum handelt, gegen die Arbeiter vorzugehen.

Ein **Regierungskommissar** erklärt: Der Justizminister ist mit der Sache noch nicht befaßt.

Abg. Dr. Bell (Zentr.):

Ich erwarte, daß morgen im „Vorwärts" ein Artikel erscheinen wird: „Die Sozialdemokratie als Scharfmacher" oder „Religion ist Privatsache". Inwieweit die Ausführungen des Abg. Haenisch mit dem Justizetat in Zusammenhang standen, ist sein Geheimnis. Was für eine strafbare Handlung des Kaplans vorgelegen haben soll, ist mir nicht klar. Es ist doch Gepflogenheit, nicht in ein schwebendes Verfahren einzugreifen. Wenn sich der Kaplan wirklich eine strafbare Handlung zu schulden kommen gelassen hat, sind wir die allerletzten, die den Kaplan vor Strafe schützen wollen. Aber die Ausführungen des Abg. Haenisch entsprangen nicht seinem verletzten Rechtsgefühl, sondern seinem Hasse gegen die Religion und gegen die Geistlichkeit.

Abg. Gronowski (Zentr.):

Es ist bezeichnend, daß einer der radikalsten Sozialdemokraten nach dem Staatsanwalt ruft, weil es sich um einen katholischen Geistlichen handelt. Die Sozialdemokraten haben schon in Dortmund diesen Fall in der kulturkämpferischsten Weise ausgeschlachtet, um die evangelischen Arbeiter zu gewinnen. Sie haben aber damit keinen Profit gemacht, ihr Ansturm ist gescheitert an dem gesunden Sinn der evangelischen Arbeiter. Die Sozialdemokraten haben doch sonst in ihrem Programm den Satz, daß jeder über 14 Jahre alte über seine Religion selbst befinden müßte. In diesem Fall aber handelt es sich um ein 16jähriges Mädchen, das zweimal den Wunsch geäußert hatte, in der katholischen Religion unterrichtet zu werden. In keiner Partei gibt es so wenig Geistesfreiheit wie bei den Sozialdemokraten. (Beifall im Zentr.)

Abg. Dr. v. Campe (Natl.):

Als Richter muß ich mit doppelter Reserve sprechen. Den vom Abg. Haenich vorgetragenen Fall kenne ich nur aus der Zeitung. Sollten die Darstellungen richtig sein, so würde es allerdings wohl geboten sein, daß die Staatsanwaltschaft einschritte. Kollege Bell hat sich die Sache sehr leicht gemacht, wenn er sagte, es gehöre nicht hierher. Hätte er nur gesagt, es sei ein schwebendes Rechtsverfahren, könnte man ihm beipflichten. Aber die Sache gehört durchaus hierher. (Zurufe im Zentr.) Kollege Bell hat gesagt: Welches arge Unrecht liege denn überhaupt vor? Die Richtigkeit dessen, was Abg. Haenich gesagt hat, vorausgesetzt, müßte ein Jurist allerdings das Vorliegen strafbarer Handlungen aus dem Tatbestand herausfinden; Drohungen, Nötigungen, Verleitung zum Meineid, Freiheitsberaubung — das sind doch strafrechtliche Gesichtspunkte. Die Herren vom Zentrum haben ja auch den Fall Knittel ausführlich vorgetragen und eine Aktion gegen den Gletwitzer Strafkammervorsitzenden eingeleitet. (Zuruf im Zentr.) Gewiß, es ist ein vollendetes Verfahren. Aber man könnte doch auch sagen, es sei eine Denunziation. Ich halte es nicht dafür. Es kommt auf die sachlichen Gründe an. Abg. Haenich hat gesagt, die nationalliberale Presse des Westens schimpfe auf das Zentrum, trotzdem seien die Nationalliberalen mit den Zentrum ein Wahlbündnis eingegangen.

Das Eingehen eines Wahlbündnisses verwehrt noch lange nicht die Kritik. Bei den Stadtratswahlen hat man das Zusammengehen mit dem Zentrum sicherlich für das kleinere Uebel gehalten. Das ist doch des Rätsels Lösung. Daß es die Nationalliberalen aus Arbeiterfeindlichkeit getan hätten, ist eine Unterstellung, die durchaus frei in der Luft schwebt. Vorwürfe über zu rasches oder zu langsames Vorgehen der Justiz sind deshalb unangebracht, weil das nur aus der Sache selbst beurteilt werden kann. Zum ersten Male höre ich eine Beschwerde über zu rasche Justiz. Das ist wohl auch Klassenjustiz? Ist denn eine rasche Strafe eine doppelte Strafe? Solche Ausführungen untergraben das Fundament der Rechtspflege. Aber man würde dem Parlament den Boden entziehen, wenn man überhaupt nicht auf diese Dinge zu sprechen kommen dürfte. Bezeichnend für die sozialdemokratische Agitation ist folgender Vorfall. Ich bekam einmal den „Volkswillen" aus Hannover zugeschickt mit der rot unterstrichenen Ueberschrift „Das drakonische, durch-aus ungerechte Urteil" usw., und es war fett hervorgehoben: selbstverständlich hat unser Verteidiger sofort Revision eingelegt. Eine halbe Stunde später ergibt die Mitteilung, daß die Revision zurückgezogen worden wäre. Das hat man wahrscheinlich nicht ebenso laut ins Volk hineingerufen. Man wußte, daß nach Recht und Gerechtigkeit geurteilt wird, und zog deshalb die Revision zurück. (Beifall bei den Natl.)

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Wer eine Revision zurückzieht, billigt damit durchaus noch nicht das Urteil. Die Revision ist eben ein unzulängliches Rechtsmittel. Diese Ausführungen des Abg. v. Campe beweisen also gar nichts. Wir haben ferner uns im Reichstag über die „Schnellfeuerjustiz" im Ruhrrevier beklagt. Weiß das der Abg. von Campe nicht? Dort ging es so schnell zu, daß die Angeklagten sich nicht ordentlich vorbereiten konnten. Der Vorwurf, daß mein Freund Haenisch in einen schwebenden Prozeß eingegriffen haben soll, ist ungutreffend. Es ist ja noch gar kein Verfahren eingeleitet; die Staatsanwaltschaft ist doch kein Gericht, sondern eine Verwaltungsbehörde. In unserem Programm steht nichts davon, daß ein 14 Jahre altes Kind über seine Religion selbst entscheiden soll. Das steht im Allgemeinen Landrecht. Die Skrupellosigkeit der Argumentation des Abg. Gronowski hat in der ganzen Welt nicht ihresgleichen; er ist nur brauchbar als Zentrums-Hetzagitator. (Präsident Graf Schwerin-Löwitz bittet, solche Ausdrücke gegenüber einem Mitglied des Hauses zu unterlassen.) Die Rede des Abg. Gronowski war so abgeleiert, daß ein Leierkasten, der sie auf der Leier gehabt hätte, schon längst verstimmt wäre. Die Rede meines Freundes Haenisch war klar und durchsichtig; er verlangte nichts als: gleiches Recht für alle. Alle Versuche, an dieser Rede zu drehen und zu deuteln, sind umsonst.

Abg. Adolf Hoffmann (Soz.)

(mit Obo-Rufen begrüßt): Ja, meine Herren, das ist der Fluch der bösen Tat. (Große Heiterkeit.) Sie zwingen mir ja dazu. (Erneute Heiterkeit.) Sie lachen schon wieder über Ihre eigene Schule. Hätte ich eine ebenso gute Schule besucht wie Sie, dann spräche ich ebenso gut deutsch wie Sie und wäre nur halb so dumm wie mancher der Präsident greift zur Glocke) außerhalb dieses Hauses. (Stürmische Heiterkeit.) Das Zentrum hätte gar nicht so in Entrüstung geraten sollen, es hätte ruhig unsere Anregung, den Fall zu prüfen, unterstützen können. Aber das Zentrum hat sich dieses Falles bemächtigt, weil es gerne wieder einen Kulturkampf hätte. Es braucht eben einen Kulturkampf. Denn das Zentrum hat jetzt mit seinen Gewerkschaften zu tun, es ist ihm da so auf den Kopf gehauen worden, daß es gar nicht mehr weiß, was es tun soll. Da paßt es ihm eben wunderschön, daß es sagen kann: Da kommen die bösen Sozialdemokraten und fangen wieder den Kulturkampf an. Herr Gronowski hat gesagt, er würde nie zur Sozialdemokratie kommen. Die Trauben sind sauer, weil sie hoch hängen. Aber Sie, Herr Gronowski sind schon einmal da gewesen. Bei der Landtagswahl haben Sie unsere Bedingungen unterschrieben, weil Sie gewählt werden wollten! Das zweite Mal fallen wir bei Ihnen aber auch auf Ihre schriftliche Erklärung nicht hinein! (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Bell (Zentr.):

„Also sprach Zarathustra." Es war ein erhebendes Bild, als nach dem Leierkasten des Herrn Liebknecht über das Märchen von der sozialdemokratischen Geistesfreiheit die Trompetenstöße des Herrn Hoffmann kamen. (Heiterkeit.) Die Punkte des sozialdemokratischen Programms sind so oft gemausert und revidiert worden, daß sich schon kein Genosse mehr darin auskennt. Herr von Campe hat wohl nur in seinem eigenen Namen gesprochen, den Dank vom Hause Liebknecht hat er ja sofort bekommen. Den Sozialdemokraten war es nicht darum zu tun, als Hüterin der Rechtsordnung aufzutreten, sondern nur ihrem Haß gegen die Religion Ausdruck zu geben.

Abg. Gronowski (Zentr.):

Herr Liebknecht ist am wenigsten dazu geeignet, einem andern Leierkastenreden vorzuwerfen; er hat hier schon vier Stunden geredet, ohne etwas Neues vorzubringen. Herr Liebknecht ist ein Produkt seiner Umgebung. (Zuruf des Abg. Hoffmann.) Sie, Herr Hoffmann, sind ein Produkt Ihrer Umgebung und Erziehung. Das kann man Herrn Liebknecht nicht vorwerfen; er ist akademisch gebildet, und mir ist gesagt, daß er seinerzeit in Paderborn und Arnsberg ein liebenswürdiger schwarzgelockter Jüngling gewesen ist. (Präsident Graf Schwerin bittet, solche Ausdrücke zu unterlassen.) Doppelspiel kann man mir nicht vorwerfen; ich habe immer keinen Zweifel darüber gelassen, was ich und meine Partei wollte. Deshalb haben die Sozialdemokraten auch immer bei meinen Reden so aufgequietscht. (Präsident Graf Schwerin erklärt diesen Ausdruck für unzulässig.) Das Bündnis mit den Sozialdemokraten haben wir freilich geschlossen, ein solcher Fehler wird jedoch nicht wieder gemacht. Wir haben heute die Kulturkampfdebatte nicht angefangen, wenn Sie nicht damit angefangen hätten, würden wir schon eine Stunde zu Hause sein können. Wir brauchen übrigens keinen Kulturkampf; einen Kampf ums Recht führen wir schon lange, und deshalb werden wir die Sozialdemokraten bekämpfen, so sehr wir es können. (Beifall im Zentr.)

Ein Antrag auf Schluß dieser Besprechung wird angenommen.

Abg. Dr. v. Campe (Natl.) bemerkt persönlich: Herr Dr. Bell hat meine Ausführungen mit dem Bemerken abzutun versucht, den Dank vom Hause Liebknecht hätte ich ja nun bekommen. Herr Dr. Bell scheint gewissen Dingen gegenüber an Staarblindheit zu leiden, und zwar an schwarzer Staarblindheit!

Das Haus vertagt die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr.

Schluß 5 Uhr.

Mb. Deutscher Reichstag.

207. Sitzung, am Freitag, den 6. Februar.

Am Bundesratstisch: Dr. Delbrück.

Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.

Kurze Anfragen.

Abg. Schmitt-Würzburg (Soz.) fragt an:

Die in den Auslandgrenzbezirken wohnenden Arbeiter sind oft jahrzehntelang in Deutschland beschäftigt und der Invalidenversicherungspflicht unterstellt. Sie können auch im Falle der Invalidität nach einer Bekanntmachung des Reichstages die volle Invalidenrente im Ausland beziehen. Nach der Reichsversicherungsordnung werden aber die Bezüge der Hinterbliebenen dieser Arbeiter auf die Hälfte ohne Reichszuschuß beschränkt. Ich richte an den Herrn Reichskanzler die Anfrage, ob ihm dieser Zustand bekannt ist und ob er Abhilfe schaffen wird.

Ministerialdirektor im Reichsamt des Innern Caspar erklärt, daß über diese Frage Erwägungen im Gange sind, die aber noch nicht abgeschlossen wurden.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) fragt an:

In den letzten Wochen haben sich die Fälle vermehrt, in denen ausländischen gewerblichen Arbeitern in Deutschland von der Abfertigungsstelle der deutschen Arbeiterzentrale die Erteilung von Arbeiterlegitimationskarten versagt worden ist. Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um diesen Zustand schleunigst abzuhelfen. Ist er bereit, eine Denkschrift über die bisherige Anwendung der Bestimmungen über den Arbeiterlegitimationszwang vorzulegen?

Ministerialdirektor im Reichsamt des Innern Dr. Lewald: Die Erteilung von Arbeiterlegitimationskarten ist Sache der Einzelstaaten, die darüber landesgesetzliche Bestimmungen erlassen.

Wahlprüfungen

Die Wahl des Abg. Dr. Werner-Gießen (Wirtsch. Vgg.) wird für gültig erklärt. Ueber die Wahlen der Abg. List-Eßlingen (Natl.), Graf von Oppersdorff (b. k. P.) und von Wolko (Kons.) werden Beweiserhebungen beschlossen.

Die Abstimmung über die Resolutionen.

Es folgt die Abstimmung über die Resolutionen, die zum Gehalt des Staatssekretärs gestellt sind. Zunächst findet eine Geschäftsordnungsdebatte statt.

Abg. Gröber (Zentr.):

Unsere Fraktion befindet sich in einer gewissen Verlegenheit. Durch die Ueberführung unseres verstorbenen Kollegen Preuß sind wir gestern verhindert worden, zu den Resolutionen Stellung zu nehmen. Wir bitten daher, heute nur abzustimmen über die Resolutionen Graf Westarp, die gesetzlichen Schutz gegen den zunehmenden Mißbrauch des Koalitionsrechts verlangt und über die Resolution Dr. Spahn, die die Zusammenstellung der Entschließungen des Bundesrats nochmals der Budgetkommission zur Prüfung überweisen will. Ueber die anderen Resolutionen bitten wir erst am Schluß der zweiten Lesung des Etats des Reichsamts des Innern abzustimmen.

Abg. Graf Westarp (Kons.)

protestiert dagegen, daß nur über seine Resolution abgestimmt werden soll und bittet auch diese Abstimmung zurückzustellen.

Abg. Bassermann (Natl.):

Wir sind mit dem Antrage Groeber einverstanden, wenn auch die Resolutionen zum Vereinsgesetz heute schon zur Abstimmung gelangen.

Die Abg. Fischbeck (Vp.), Hanse (Soz.) und Mollenbuhr (Soz.) stimmen zu.

Abg. Dr. Arendt (Rp.):

Wenn über den Antrag Westarp abgestimmt werden soll, dann muß auch über die nationalliberalen Anträge zum Koalitionsrecht und über den Antrag Behrens zur selben Frage ebenfalls abgestimmt werden.

Der Antrag Graf Westarp wird abgelehnt. Auf Vorschlag des Abg. Bassermann (Natl.) werden auch die nationalliberalen Anträge zum Koalitionsrecht und der Antrag Behrens zur Abstimmung gestellt. Der Antrag Groeber wird angenommen.

Zunächst wird über die Resolutionen zum Vereinsgesetz abgestimmt. Der Antrag der Polen wird mit den Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Antragsteller angenommen. Auch die Anträge des Zentrums und der Sozialdemokraten werden angenommen, zum Teil mit den Stimmen der Mehrheit der Fortschrittlichen Volkspartei, die nur gegen die Aufhebung des Verbots der Beteiligung von Jugendlichen stimmt.

Die Resolution Graf Westarp, die einen Gesetzentwurf verlangt, durch welchen ein wirksamer gesetzlicher Schutz gegen den zunehmenden Mißbrauch des Koalitionsrechts geschaffen, dem immer schärfer ausgeübten Terrorismus gegenüber arbeitswilligen Arbeitern entschieden entgegengetreten, insbesondere aber das Streikpostenstehen verboten wird, wird gegen die Stimmen der Konservativen und der Reichspartei abgelehnt. (Zuruf links: Der Preußenbund. Heiterkeit!).

Die Resolution Bassermann, die eine Denkschrift über das Arbeits- und Rechtsverhältnis der außerhalb des Beamtenverhältnisses in Reichs- und Staatsbetrieben beschäftigten Personen verlangt, wird angenommen, ebenso eine Resolution Behrens (Wirtsch. Vgg.), die ebenfalls Material fordert über Auswüchse des Koalitionswesens im wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Leben, die besonders von Arbeitgebern und deren Organisationen veranlaßt werden.

Die Resolution Bassermann, die gleichfalls Erhebungen über Auswüchse des Koalitionsrechts fordert, wird abgelehnt. Die Resolution Spahn, wonach die Uebersicht über die Entschlüsse des Bundesrats nochmals der Budgetkommission überwiesen werden sollen, wird angenommen.

Ueber die übrigen Resolutionen wird am Schlusse der zweiten Lesung des Etats des Reichsamts des Innern abgestimmt werden.

Das Reichsamt des Innern.

(Dreizehnter Tag.)

Die Einzelbesprechung wird fortgesetzt. Für Leistungen des Reiches auch Grund der Reichsversicherungsordnung werden 50 062 000 Mark verlangt.

Abg. Molkenbuhr (Soz.):

Die alte Klage, daß für die Witwen und Waisen der Arbeiter nicht gesorgt werde, können wir nur wiederholen. Die Regierung kommt nie über Erwägungen hinaus. Ihre Zahlenangaben sind unvollständig. Eine erhebliche Erhöhung der Position ist notwendig. Dabei sind die Beiträge, die die Arbeiter zu leisten haben, unverhältnismäßig hoch. Den Waisen geschieht bei Verteilung der Renten unrecht. Der Reichstag ist verpflichtet zu helfen.

Geheimrat **Aurin:**

Die Berechnung des Reichszuschusses ist durch die Reichsversicherungsordnung auf eine neue Grundlage gestellt, aber auch kompliziert geworden. Es trat zu den früheren Versicherungen die Hinterbliebenenversicherung hinzu, und für alle Zweige wurde ein gemeinsamer Maßstab vorgeschrieben. Nach den Berechnungen für 1912 sind an den Zahlungen des Reiches die Hinterbliebenenrenten mit 73 Proz., die Invalidenversicherung mit 31 Prozent be-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140207019/fragment/page=0002

teiligt. Bei dem gemeinsamen Maßstab sind also die ersteren bevorteilt zu Ungunsten der Invalidenversicherung. Als berechtigt hat sich immer noch der Zuschuß von 25 Mark für die Waisen erwiesen. Eine Regelung der Waisenversicherung allein ist nach Lage der Gesetzgebung unmöglich.

Abg. Molkenbuhr (Soz.):

Der Regierungsvertreter ist nicht darauf eingegangen, daß 13 Millionen mehr zur Verfügung stehen.

Bei den Unterstützungen für die Familien einberufener Mannschaften verlangte

Abg. Rauch (Soz.) erhebliche Erhöhung dieser Unterstützungen.

Abg. Erzberger (Zentr.):

Wir schließen uns diesem Wunsche an und wundern uns über die ablehnende Haltung der Regierung. Angesichts der ungeheuren Summen des Etats sollte man nicht so kleinlich sein. Die Gewährung einer Aufwandsentschädigung an Familien, die drei und mehr militärpflichtige Söhne haben, ist eine der erfreulichsten Kulturausgaben und es wäre zu wünschen, daß die Auszahlung dieser Gelder, die bisher noch niemand bekommen hat, sehr bald erfolge. Leider fehlen dazu immer noch die Ausführungsbestimmungen des Bundesrates. Die Auszahlung sollte halbjährlich erfolgen.

Ministerialdirektor Lewald:

Der Bundesrat konnte bisher noch keinen Beschluß über die Ausführungsbestimmungen fassen, da für 1914 die Grundlagen dazu noch nicht vorhanden sein können. Welche Summen die Unterstützungen der Familien einberufener Mannschaften erfordern werden, wissen wir heute noch nicht; es läßt sich daher keine bestimmte Zahl in den Etat einsetzen. Die Formulare werden einfach und klar abgefaßt werden, und die Auszahlung wird im allgemeinen auf bloße Anmeldung hin erfolgen.

Abg. Thöne (Soz.):

Die Auszahlung der Aufwandsentschädigung sollte vierteljährlich erfolgen.

Abg. Erzberger (Zentr.):

Wir hoffen, daß schon im Februar 1915 das Gesetz über die Unterstützung der Familien einberufener Mannschaften erlassen wird. Das ist sehr leicht durchführbar.

Beim Titel „Aufwendungen im Interesse des Handels und Gewerbes" wünscht

Abg. Dr. Dahlem (Zentr.), daß diese Gelder auch im Interesse der Kleinschiffahrt verwendet werden.

Abg. Bassermann (Natl.) schließt sich dieser Anregung an.

Ministerialdirektor Caspar:

Erwägungen darüber sind im Gange.

Abg. Bender-Bernburg (Soz.):

Hoffentlich kommt die Regierung einmal über die Erwägungen hinaus.

Beim Titel „Aufwendungen im Interesse der Landwirtschaft" wünscht:

Abg. Wallenborn (Zentr.) Förderung des Obstbaues und besonders Unterstützung des Deutschen Pomologenvereines.

Bei der „Reichsschulkommission" empfiehlt

Abg. Sivkovich (Vp.)

eine Resolution Ablaß, die Reichsschulkommission zu einem Reichsschulamt auszubauen, das ohne legislatorische, administrative und disziplinarische Befugnisse zu haben, zum Studium des ausländischen Schulwesens und als Anregungs- und Beratungsstelle des gesamten deutschen Schulwesens dient. Wir wollen keine Schablonisierung und Zentralisierung, sondern eine Beratungs- und Studienstelle für pädagogische Fragen. Notwendig ist eine Zentralstelle für Erziehung und Unterricht.

Ich bin kein Partikularist, wie Graf York v. Wartenburg und die Herren vom Preußenbund, aber einige mecklenburgische Schmerzen muß ich vorbringen. In Mecklenburg besteht die geistliche Schulaufsicht noch in Reinkultur. (Zuruf links: Wie in Preußen!) Mit den ritterschaftlichen Schulen steht es noch sehr schlecht. Ein Rittergutsbesitzer mußte notgedrungen neue Lehrmittel anschaffen. Und als er in die Stadt kam, verlangte er dort einen Globus für Mecklenburg. (Heiterkeit.) Noch nach zwanzigjähriger Tätigkeit kann einem Lehrer ohne Angabe von Gründen gekündigt werden. (Hört! Hört!) Hölzerne Fußböden schafft man nicht an, angeblich sind steinerne gesünder. (Heiterkeit.) Den Seminaristen sollte man früher als bisher den Einjährigfreiwilligenschein gewähren. Der Reichskanzler hat auf die Anregungen von 132 000 deutschen Lehrern nicht einmal eine sachliche Erwiderung gehabt. (Hört! Hört!)

Abg. Dr. Ortmann (Natl.):

Daß die Reichsschulkommission nicht mehr geleistet hat, liegt an ihrer mangelhaften Organisation. Die Regierung hat bisher eine klare Stellungnahme vermieden. Wir hoffen, daß sie diese Fragen nicht als quantité négligeable ansieht. Die ganze Organisation ist auf ehrenamtliche und nebenamtliche Tätigkeit angewiesen. Was soll da herauskommen? Ganze 6500 Mark werden jährlich für die Reichsschulkommission ausgegeben. Da sind keine großen Erfolge zu erwarten. Die einjährig-freiwillige Berechtigung muß neu geregelt und erweitert werden. Wie steht es mit dem Reichsschulmuseum? Wir sind schon auf dem Wege dazu. Berlin, Frankfurt a. M. und Dresden bemühen sich darum. Wir wünschen dabei keine Zersplitterung, sondern eine Zentralstelle. Die deutschen Auslandsschulen bedürfen der Förderung. Sie stärken das Deutschtum im Auslande und dienen auch unseren wirtschaftlichen Beziehungen.

Das Erziehungs- und Schulwesen anderer Völker muß studiert werden. Das alles sind Aufgaben für die Reichsschulkommission. Sie muß ausgebaut werden, aber nicht als ein selbständiges Reichsamt, wie es die Sozialdemokraten wünschen. Die Kommission sollte aus hauptamtlich tätigen Reichsschulräten bestehen; vier würden genügen. Wir hätten dann ein Reichsschulkollegium, das unter dem Reichsamt des Innern bleiben könnte nach dem Grundsatze: „Was man nicht definieren kann, das hängt man ans Reichsamt des Innern an." (Heiterkeit.) Wir haben diesmal auf einen eigenen Antrag verzichtet und werden dem fortschrittlichen Antrag zustimmen. Die Vorwürfe gegen das Einjährig-freiwilligen-Privileg sind nicht berechtigt. Eine schwere Berufsstörung weiter Kreise wäre die Folge, wenn dieses System beseitigt würde. Die Einjährigen sind schon einmal der Sekt in der Bowle genannt worden. (Heiterkeit.) Wir halten dieses System für grundsätzlich berechtigt.

Abg. Schulz-Erfurt (Soz.):

Wir sind gegen dieses Privileg. Wir beantragen die Errichtung eines selbständigen Reichsamtes für das Schul- und Bildungswesen, und freuen uns, daß jetzt auch die Fortschrittler dafür eintreten wollen. Besser wäre noch ein Reichsschulgesetz. Eine Schablonisierung ist davon nicht zu fürchten. Preußen schablonisiert schon genug, auch ohne Gesetz. Ein Oberstudienrat vom Format Kerschensteiners ist in Bayern, aber nicht in Preußen möglich. Der Reichstag wird die Schulgesetzgebung nicht zurückrevidieren. Das ist Gespensterfurcht. Das Zentrum ist viel revolutionärer als die Sozialdemokratie. Es will eine internationale Gesetzgebung frei nach den Wünschen des Papstes. Jedenfalls ist die Reichsschulkommission in ihrer jetzigen Gestalt ganz unzulänglich. Wir Sozialdemokraten wünschen die nationale Einheitsschule. Dazu dient unser Antrag.

Abg. Marx (Zentr.):

Hinter dem bedeutenden Namen „Reichsschulkommission" steckt in der Tat sehr wenig. Die Sozialdemokratie zieht die Konsequenzen der Einheitsschule vollständig und geht aufs Ganze. Das Reichsschulamt der Fortschrittler würde lediglich einem ausgeblasenen Ei gleichen. Was hätte es für eine Tätigkeit? Woher die Mittel nehmen? Werden sich die Bundesstaaten ein Eingreifen des Reiches gefallen lassen? Augenscheinlich geht das Streben dahin, das ganze Schul- und Erziehungswesen zu einer Rechtsinstitution zu machen. Dafür sind wir absolut nicht und unter keinen Umständen zu haben. Schon jetzt ist das deutsche Schulwesen ein Muster für das Ausland, es steht im ganzen durchaus auf der Höhe. Möge man in den einzelnen Bundesstaaten eine Verbesserung des Schulwesens anstreben. Der einjährig-freiwillige Dienst hat sich bewährt. Er ist auch schon im Auslande nachgeahmt worden. Wir werden ihn nicht aufheben, wollen ihn aber gern erweitern, natürlich mit der nötigen Vorsicht. Man darf z. B. nicht vergessen, daß man durch eine weitere Hebung der Mittelschule die Volksschule herabdrückt. Denn die Volksschule ist der ganze Kernpunkt des Bildungswesens. Wir lehnen beide Resolutionen ab. Das Reichsschulamt soll sein ruhiges Dasein weiterführen und auf seinen schönen Namen stolz sein. (Beifall und Heiterkeit.)

Abg. Kerschensteiner (Vp.):

Ich muß das Ei, das der Vorredner ausgeblasen hat, wieder auf seine normale Form bringen. (Heiterkeit.) Gewiß, die Kulturaufgaben müssen dezentralisiert werden. Wir können nicht dankbar genug sein, wenn verschiedene Kulturzentren bestehen. Aber alle Bestrebungen müssen in einen Kanal münden, damit sie eine gemeinsame Stoßkraft haben. Ein solches Zentralamt wird sehr nützlich wirken. Eine Uniformierung des deutschen Schulwesens wünschen wir nicht. Wenn Sie nicht voreingenommen sind, dann müssen Sie ein Reichsschulamt in unserem Sinne fordern.

Abg. Schulz-Erfurt (Soz.):

Es ist doch sinnlos, wenn z. B. in Reuß ältere und jüngere Linie zwei verschiedene Schulgesetze bestehen. Wir werden in einem Initiativantrag ein Reichsschulgesetz fordern.

Die Resolution der Volkspartei wird angenommen, die der Sozialdemokraten abgelehnt.

Es folgt das Bundesamt für das Heimatwesen.

Abg. Schiffer (Natl.)

begründet einen Antrag Bassermann auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs über den Ausbau des Bundesamts für das Heimatwesen zu einem Reichsamt für das Heimats- und Finanzwesen, behufs Uebernahme der letztinstanzlichen Entscheidungen in Rechtsstreitigkeiten aus dem Wehrbeitragsgesetze und dem Besitzsteuergesetze. Wir brauchen eine einheitliche Rechtsprechung. Sie kann auf dem vorgeschlagenen Wege gesichert werden. Jetzt bei der vorbereitenden Anwendung des Wehrbeitragsgesetzes sind schon zahllose Klagen eingegangen. Was haben wir da noch zu erwarten? Da muß die Rechtssicherheit durch eine einheitliche, höchste Instanz gewährleistet werden. Eine neue Behörde brauchen wir nicht. Es genügt der Ausbau der bestehenden.

Abg. Graf Westarp (Kons.):

Der Antrag würde ein Reichsverwaltungsgericht schaffen. Das lehnen wir grundsätzlich ab. Die Ueberlastung des preußischen Oberverwaltungsgerichts wird auch nicht so groß sein. Der Antrag wäre ein weiterer Schritt auf dem Wege der Staatshoheit der Einzelstaaten.

Abg. Dove (Vp.):

Wir müssen auf dem Gebiete des öffentlichen Rechtsschutzes zu einem Reichsverwaltungsgericht kommen. Daher sind wir für den Antrag. Die Steuergesetze haben eine große Nervosität hervorgerufen. Sonderbare Blüten treten in Erscheinung. Machen wir einmal mit dem Bundesamt für Heimatwesen einen Versuch.

Abg. Erzberger (Zentr.):

Die Zweifelsfragen werden nicht einfacher und weniger, wenn man ein Reichsamt dafür schafft. Es gibt andere Wege, um solche Zwiespältigkeiten in der Auslegung der Gesetze zu beseitigen. Da ist der Bundesrat die gegebene Instanz. Er kann ein entsprechendes Gesetz erlassen. Das ist ein viel einfacherer Weg. Eine einheitliche Auslegung des Wehrbeitrags- und der Besitzsteuergesetze ist erstrebenswert, der Antrag Schiffer ist aber nicht der richtige Weg.

Abg. Dr. Frank (Soz.):

Graf Westarp hat uns überzeugt, daß der Antrag Schiffer gut ist. (Heiterkeit.) Was dem Grafen Westarp mißfällt, gefällt uns. Die Gesetze werden sonst bald in allen Bundesstaaten anders ausgelegt werden.

Die Resolution wird mit den Stimmen der Linken angenommen.

Sonnabend 12 Uhr: Weiterberatung.

Schluß 6¾ Uhr.

Deutsches Reich.

Der Marineetat in der Budgetkommission.

In der Budgetkommission des Reichstages betonte Staatssekretär von Tirpitz bei Besprechung des Lieferungswesens, daß die Marine eine Reichseinrichtung sei und daß großer Wert auf die gleichmäßige Heranziehung aller deutschen Landesteile zu den Marinelieferungen gelegt werde. Gegenüber dem Hinweise von sozialdemokratischer Seite auf den Krupp-Prozeß und gegenüber der Behauptung, daß eine Magdeburger Firma Schmiergelder an Werkführer der Marine gezahlt hätte, erwiderte der Staatssekretär, daß, sobald ein konkreter Fall vorliege, er mit aller Schärfe verfolgt werde. Ueber den Magdeburger Fall sei er nicht unterrichtet. Anläßlich des Krupp-Prozesses sei gegen zwei mittlere Beamte ein Verfahren eingeleitet worden, doch habe es sich nur um nicht genügende Diskretion gehandelt. Alle übrigen Beamten der Marineverwaltung scheiden aus der Angelegenheit vollständig aus. Weiterhin erklärte der Staatssekretär, daß die Marineverwaltung niemals einer Firma nahegelegt habe, einen verabschiedeten Offizier der Marine als Vertreter anzustellen. Im Gegenteil, es werde nicht angenehm empfunden, wenn die Beziehungen durch frühere Marineoffiziere vermittelt würden.

Das Petroleum-Monopol.

In der Freitag-Sitzung der Kommission des Reichstages zur Vorberatung eines Entwurfes über den Verkehr mit Leuchtöl legte der Staatssekretär des Reichsschatzamtes Dr. Kühn die Stellungnahme der Regierung zu den Kommissionsbeschlüssen dar. Die Regierung sei gegen die Errichtung einer Aktiengesellschaft, in der der Reichskanzler die Mehrheit der Stimmen hätte. Eine solche Gesellschaft würde nicht lebensfähig sein. Eher könne man daran denken, das Statut der Reichsbank nachzubilden mit einem unter Leitung des Reichskanzlers stehenden Direktorium und Kuratorium, das Mitglieder des Bundesrats, des Reichstages, sowie Vertreter von Handel und Gewerbe enthalte, sowie einen Zentralausschuß als Vertreter der Anteilseigner. Die Regierung halte es für zweckmäßig, daß die Anteilseigner eine feste Vorzugsdividende erhielten; die Vermehrung des Gewinnes müsse dagegen von der Preisherabsetzung des Leuchtöles abhängig gemacht werden. Die Regierung lege großen Wert darauf, den Interessen der deutschen Rohölraffinerien gerecht zu werden. Zum Schluß sagte der Staatssekretär zu, der Kommission noch vor der nächsten Sitzung, die voraussichtlich Ende nächster Woche stattfindet, ausführliche Mitteilungen über die Versorgungsfrage und das Interesse der Militärverwaltung an der Benzinversorgung zu machen.

Die Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft gegen die moderne Gesetzgebung.

Unsere wiederholten Klagen über das von Jahr zu Jahr wachsende Uebermaß an Gesetzesproduktion finden in dem von den Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin soeben herausgegebenen Jahrbuch für Handel und Industrie (Verlag von Georg Reimer) ein lebhaftes Echo. Die Aeltesten unterziehen in diesem Werke die massenhafte und übereilte Produktion an wichtigen Gesetzen, wie sie in den letzten Jahrzehnten üblich geworden ist, einer eingehenden Kritik: „Die Gesetze werden mangelhaft vorbereitet eingebracht. Die Parlamente erledigen sie so schnell, daß den Interessenten kaum Zeit bleibt, die Entwürfe einer sachgemäßen Prüfung zu unterziehen. Die Durchführung der so entstandenen Gesetze stellt die Verwaltung vor Aufgaben, denen sie häufig nicht gewachsen ist. Am 1. Januar 1913 trat das Versicherungsgesetz für Angestellte in Kraft, über dessen Bestimmungen bis unmittelbar vor diesem Zeitpunkt unter den Interessenten noch weitgehende Unklarheit bestand. Die zur Ausführung erforderlichen Verordnungen ergingen spät, zum Teil erst nach Inkrafttreten des Gesetzes, so daß z. B. den bei privaten Gesellschaften versicherten Angestellten eine Entscheidung über ihr künftiges Verhältnis zur Reichs- bzw. zur Privatversicherung zugemutet wurde, ehe sie die Konsequenzen ihrer Wahl vollkommen zu übersehen vermochten. Am 1. Januar 1914 ist das zweite Buch der Reichsversicherungsordnung, welches die Vorschriften über die Krankenversicherung enthält, in Kraft getreten. Im Jahre 1913 waren die Vorbereitungen für die Neuordnung des Krankenkassenwesens zu treffen. Auch hier hat die Verwaltung gegenüber den Bedürfnissen der Interessenten versagt. Wichtige Ausführungsvorschriften sind so spät ergangen, daß die Kassen nicht in der Lage waren, sich auf die neuen Verhältnisse rechtzeitig vorzubereiten, so daß nach dem 1. Januar Verwirrung in den weiten Kreisen eingetreten ist. Aehnlich liegen die Verhältnisse bei dem Wehrbeitrag, der am 3. Juli endgültig beschlossen wurde und dessen Veranlagung zu Anfang des neuen Jahres begann. Die wichtigsten Ausführungsbestimmungen wurden im Zentralblatt für das Deutsche Reich vom 11. November veröffentlicht. Erst hiernach konnten die Kommentatoren, soweit sie nicht als Reichs- oder Staatsbeamte die Vorschriften schon vor ihrem Erlaß kannten, daran gehen, das Gesetz zu bearbeiten. Aus diesen Gründen war die Bevölkerung bei Beginn der Veranlagungsperiode ebenso wie die mit der Veranlagung betrauten Beamten unzureichend vorbereitet."

Man muß den Aeltesten dankbar dafür sein, daß sie sich in dieser nachdrücklichen Weise zum Fürsprecher der Beschwerden weiter Volkskreise machen. Ihre nur zu berechtigte Kritik wird hoffentlich bei allen Stellen, die es angeht, die verdiente Beachtung finden.

Das Preußische Landesökonomiekollegium beschäftigte sich am Freitag mit der Lage der Pferdezucht. Es referierten darüber Landtagsabgeordneter Frhr. v. Marenholtz und der Rittergutsbesitzer von Saucken (Tarputschen). An der Debatte beteiligte sich auch der Oberlandstallmeister von Oettingen.

Der Landtag des Fürstentums Reuß j. L. trat am Dienstag in die Beratung der ersten Lesung des Staatshaushaltsetats ein, der nach den Ausführungen des Regierungsvertreters in diesem Jahre 460 000 Mk. in Einnahme und Ausgabe mehr erfordert als in den früheren Jahren. Diese Mehrausgabe sei hauptsächlich auf die Errichtung neuer Behörden und die damit verbundenen Beamtenvermehrungen zurückzuführen. Die Finanzlage des Fürstentums ist jedoch günstig, so daß eine Steuererhöhung nicht einzutreten braucht.

Ausland.

Mazatlan von den Rebellen genommen.

New York, 6. Februar.

Einem Telegramm aus Nogalles zufolge ist nach Nachrichten, die aus Rebellenkreisen stammen, Mazatlan, ein wichtiger Hafen im Staate Sinaloa, in die Hände der Rebellen gefallen.

Lloyd Georges Landreform. Der englische Schatzkanzler Lloyd George hat in der St. Andrews-Hall in Glasgow die lange erwartete „Land"-Rede gehalten, in der er die von der englischen Regierung vorgeschlagene Landreform entwickelte. Danach soll 1. die Grundsteuer von dem effektiven Wert des Landes erhoben werden; 2. die Kommunalbehörde das Recht erhalten, Land zum laufenden Marktpreis zum Zwecke der Erbauung von Gartenstädten zu expropriieren; 3. die schottische und die englische Kleinbesitzer-Akte dahin ergänzt werden, daß der Güterkauf erleichtert wird. Die sogenannten Landgerichtshöfe sollen freiere Hand bekommen, die Mieten herabzusetzen und den Landarbeitern größere Erleichterungen beim Erwerb von Eigenbesitz zu verschaffen. — Der Schatzkanzler sprach sich weiterhin laut „B. Z." über die Zukunft der schottischen Großgrundbesitze aus und tadelte, daß die großen Landeigner nicht das Wohl der Allgemeinheit im Auge hätten.

Halle und Umgebung.

Halle, 7. Februar.

Große Vermögen

hat bekanntlich der Generalpardon ans Licht gefördert. Von mehreren anderen Städten liegen schon zuverlässige Schätzungen vor. In Eisenach kamen 10 Millionen Mark unversteuerte Vermögen ans Tageslicht, in Frankfurt a. M. 300 Millionen Mark, und nun wird als neueste Tatsache berichtet, daß in Berlin so riesige Vermögen neu deklariert sind, daß 4 Millionen Mark Steuern mehr eingehen.

Diese Ziffern zeigen aufs neueste — was wir schon unlängst hervorgehoben haben —, daß unsere städtischen Behörden die Interessen der Steuerzahler verletzen würden wollten sie das neue bedeutsame Faktum bei der Festsetzung unserer Kommunalzuschläge völlig außer acht lassen. Die angekündigte 10prozentige Steuererhöhung mag in den Orkus versinken!

Winterkonzert der Sängerschaft „Fridericiana". Das diesjährige Winterkonzert findet am Mittwoch, den 18. Februar, im Saal der „Loge zu den drei Degen" unter der Leitung des Kgl. Universitätsmusikdirektors Prof. Friedrich Brandes aus Leipzig

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140207019/fragment/page=0003

Reg. Das Orchester stellt das Inf.-Regt. Nr. 36. Neben einer Anzahl a cappella-Chöre, hauptsächlich von Mendelssohn und Silcher, sind von größeren Chorwerken besonders der Volksgesang „Deutsches Gebet" von Louis Niedé und das „Persergebet" von Karl Wolf als Erstaufführungen für Halle beachtenswert. Hinzuweisen ist auch auf das frische Volkslied „Der Jäger aus Kurpfalz" von A. v. Othegraven. Als Solisten wirken diesmal nur Kräfte mit, die zu der Sängerschaft in engster Beziehung stehen. Als Solist wird neben den Solostellen in den Chorwerken Herr Kurt Stieber aus Dessau, ebenfalls wie der Dirigent ein Mitglied der Kartellkorporation A. S. V. zu St. Pauli, Leipzig, einige Lieder vortragen. Der schon in dem Winterkonzert von 1912 mit Erfolg aufgetretene Pianist Dr. phil. Joh. Hobohm, Mitglied der Fridericiana, wird neben kleineren Stücken das Klavierkonzert in Es-Dur von Liszt am Flügel spielen.

Der Gartenbauverein Halle lädt zur Generalversammlung auf Dienstag, den 10. Februar, abends 7 Uhr, nach dem Vereinshaus „Hotel Kronprinz" ein. Nach Schluß der Versammlung ist die Feier des Stiftungsfestes, anschließend gemeinschaftliches Abendessen.

Hohes Alter. Herr Kaufmann Emil Kühne, Dryanderstraße 20 wohnhaft, feiert heute seinen 90. Geburtstag.

Die ersten Lerchen. Gestern wurden hier die ersten Lerchen beobachtet. Sie stiegen im Mittagssonnenschein hoch in die Lüfte. Der Haupttrupp ist allerdings erst in 4 Tagen zu erwarten.

Provinzial-Nachrichten.

n. **Weißenfels,** 6. Febr. (Stadtorchester.) Am Mittwoch war eine Kommission, bestehend aus Mitgliedern des Magistrats, der Stadtverordnetenversammlung und Vertretern der musikalischen Kreise der Stadt, versammelt, um über die Neugestaltung des Stadtorchesters zu beraten. Danach soll es auf folgender Grundlage errichtet werden. Der Leiter muß mindestens 24 Gehilfen halten. Er erhält für sich einen Zuschuß von 2400 Mark und für jeden Gehilfen 240 Mk., zusammen 8160 Mk. Wie schon gemeldet, soll eine Kinosteuer zur teilweisen Deckung eingeführt werden, von der man sich, selbst wenn einige Kinos eingingen, noch 5000 Mk. Einnahme verspricht, so daß die Stadt noch etwa 3000 Mk. zu zahlen hätte. Die Stelle des Orchesterleiters soll ausgeschrieben werden.

Settstedt, 6. Febr. (Ein herbes Geschick) betraf gestern die Familie Ulrich hier. Der 52 Jahre alte, geisteskranke Schwager des Kaufmanns U. fiel gegen den heißen Ofen und erlitt schwere Brandwunden, die seinen Tod nach stundenlangem gräßlichen Leiden herbeiführten. Am Morgen war der Familie die jüngste Tochter durch den Tod entrissen worden.

Möllendorf, 6. Februar. (Goldene Hochzeit.) Unlängst feierte hier der Forstarbeiter Ernst Hopstock mit seiner Ehefrau Karoline geb. Koch das seltene Fest der goldenen Hochzeit. Der Tag gestaltete sich zu einem Festtag für das ganze Dorf. Unter anderen sandten neben Geldgeschenken Glückwunschtelegramme die früheren Besitzer von Möllendorf, Familie von Prillwitz, in deren Diensten der Jubilar 45 Jahre gestanden hat, ebenso auch der jetzige Eigentümer, Amtsrat F. Heine. Das frohe Fest wurde eingeleitet durch eine Morgenmusik, die von der Boehnerschen Kapelle gespielt wurde. Die gottesdienstliche Feier fand um 2 Uhr in der hiesigen Kirche statt. Dem bekränzten Wagen, in welchem das Jubelpaar zur Kirche fuhr, folgte in langem Zuge die Schar der Hochzeitsgäste, die bald die kleine Kirche füllten. Im Anschluß an die gottesdienstliche Handlung überreichte Herr Pastor Metzner die von der Kirchengemeinde gestiftete Jubiläums-Bibel sowie das vom Kaiser überwiesene Gnadengeschenk.

Aken, 5. Febr. (Die Elbschiffahrtsgesellschaften) haben sich entschlossen, den Betrieb auf der Mittelelbe insoweit wieder aufzunehmen, als die hier liegenden beladenen Fahrzeuge abgeschleppt werden, soweit es der augenblicklich ziemlich ungünstige Wasserstand zuläßt. Wenn die milde Witterung anhält, wird die Flußschiffahrt allmählich wieder in Gang kommen, jedoch ist nicht darauf zu rechnen, daß der regelmäßige Betrieb früher als in der zweiten Hälfte dieses Monats wieder aufgenommen wird.

Burg, 5. Febr. (Domänenverkauf.) Unter Vorbehalt der Genehmigung des Kaisers und der General-Kommission kaufte gestern die Gemeinde Niegripp die Königliche Domäne dortselbst für den Preis von 1 300 000 Mark. Zur Domäne gehören die Elbfähre, die Fischerei, 2400 Morgen Grundbesitz und die Hälfte des Stammhofes.

Köthen, 6. Febr. (Ein Wechsel in der Leitung der Köthener Filiale) der Anhalt-Dessauischen Landesbank tritt Ende Februar ein. Herr Schenker übernimmt an Stelle des Direktors Damm die Leitung der Ballenstedter Filiale, während dieser an die Filiale in Zerbst versetzt wird. Die Mitleitung der hiesigen Filiale erhält Bankvorsteher Stilcke aus Torgau.

Dessau, 5. Februar. (Spitzbube.) Dem Fleischermeister Lindau hier, Marienstraße, wurden am 1. Februar 1600 Mk. bares Geld mittels Einbruchs gestohlen, und zwar drang der Dieb durch das Klosettfenster in die Wohnung ein und erbrach den Schrank, in dem das Geld verwahrt wurde. Als Täter wurde jetzt in Hamburg der 16 Jahre alte Fleischerlehrling Willi Lück aus Cöthen festgenommen. Bei Lück fand man noch 640 Mk. bares Geld vor. Lück hat schon als Schuljunge verschiedentlich Einbrüche verübt.

Leipzig, 5. Febr. (Massenverhaftungen von Metalldieben.) Bei den kürzlich gemeldeten Verhaftungen von Metalldieben und deren Hehlern sind 20 Personen hinter Schloß und Riegel gekommen. Im weiteren Verlauf der Untersuchung entdeckte die Polizei bei dem zuerst verhafteten Rohproduktenhändler Liesegang in einem neuen eigentlichen Geschäftsniederlage gelegenen Grundstücke ein zweites großes Lager, in dem erhebliche Mengen gestohlener Metalle untergebracht waren. Unter den etwa 4000 Kilogramm wiegenden Metallvorräten ist alles vertreten, vom Altblei aufwärts bis zum Blattgold. Es sind in der Hauptsache Armaturen aller Art, wie Oeler, Aluminiummotorgehäuse, Kuppen und Beschläge von Treppenläuferstangen, Hähne, Ventile, Lettern in Stabform, Kiches, hunderte von Bierglägerdeckeln usw.

Gerichtsverhandlungen.

Verworfene Revisionen.

Leipzig, 6. Februar. Das Reichsgericht hat die Revision der Landwirtswitwe Maria Kochs aus Blaustein und des Arbeiters Martin Steegers aus Beggendorf verworfen, welche vom Schwurgericht Aachen am 27. September v. Js. zum Tode verurteilt worden sind, weil sie gemeinschaftlich in der Nacht zum 21. Juli 1913 den Landwirt Joseph Kochs, den Ehemann der Angeklagten Maria Kochs, durch Revolverschüsse ermordet haben.

Das Reichsgericht verwarf ferner die Revision des Bergmanns Bruno Gutowski aus Gladbeck, der vom Schwurgericht Essen am 1. Dezember v. Js. wegen Totschlags zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist, weil er seinen Vater mittels Revolvers getötet hatte.

Kunst und Wissenschaft.

Hochschulnachrichten.

Der außerordentliche Professor der Botanik Dr. Ludwig Diels in Marburg ist in gleicher Eigenschaft in die philosophische Fakultät der Universität Berlin versetzt und zum Unterdirektor des königlichen Botanischen Gartens und Museums in Berlin-Dahlem ernannt worden. — Dem Privatdozenten für Staatswissenschaften an der Kieler Universität, Hilfsarbeiter im preußischen Kultusministerium, Dr. Friedrich Hoffmann, ist das Prädikat Professor verliehen worden. Dr. Hoffmann ist 1880 zu Kiel geboren. — Dem Kustos der anthropologisch-prähistorischen Sammlung des Staates, nichtetatmäßigen a. o. Prof. für Anthropologie an der Universität München, Professor Dr. Ferdinand Birtner, wurde der Titel eines Konservators verliehen. — Die 50jährige Doktorjubelfeier begeht am 6. Februar der ehemalige Direktor der königlichen öffentlichen Bibliothek zu Dresden, Geh. Hofrat Prof. Dr. phil. Franz Schnorr von Carolsfeld. Er ist 1842 zu München geboren.

Zwei neue Privatdozenten haben sich an der Universität Freiburg i. Br. habilitiert: in der medizinischen Fakultät Dr. med. Bernhard Stuber, Assistent an der medizinischen Klinik, für das Fach der inneren Medizin, und in der naturwissenschaftlich-mathematischen Fakultät Dr. Walter Madelung für das Fach der Chemie. — Auf eine 25jährige Tätigkeit als akademischer Lehrer kann am 9. Februar der Vertreter der Mathematik an der Technischen Hochschule zu Darmstadt, Geheimer Hofrat Prof. Dr. Friedrich Dingeldey, zurückblicken.

Peter Anzinger † Der Münchener Schriftsteller Peter Anzinger ist am 6. Februar zu München im Alter von 78 Jahren gestorben. Seine Dialektdichtungen, die von einem gesunden, natürlichen Humor getragen waren, haben ihn weit über München hinaus bekannt gemacht. Seine bekanntesten Werke sind: „Es feit si nix"; „A so san mir"; „Mir san g'stellt"; „Einig und frei".

Vermischtes.

Der Mord im Auto. Die Feststellungen der Polizeibehörde haben ergeben, daß Wolff ursprünglich eine Erpressung an Sigall begehen wollte. Bei der Autofahrt nach Mentone hatte Wolff neben dem Chauffeur Platz genommen, während Sigall mit Frau Wolff im Fond des Wagens untergebracht war. Da jedoch Sigall sich zu keinerlei Ungehörigkeiten verleiten ließ, sah Wolff seinen Plan gescheitert, und da er sich in schwerer Geldverlegenheit befand und seine Schulden im Viktoria-Hotel zu San Remo stark angewachsen waren, faßte er den Plan, sich auf gewaltsame Weise in den Besitz der Barmittel Sigalls zu setzen. Wolff glaubte, daß Sigall etwa tausend Mark bei sich habe, die er am Freitag morgen bei seiner Bank abgehoben hatte. In Wahrheit führte Sigall jedoch nur etwa 60 Mark bei sich. Die beschlagnahmten Briefschaften des Verbrechers haben ergeben, daß Wolff Mitte Januar gelegentlich seines Aufenthaltes in Berlin mit dortigen Mädchenhändlern in Verbindung gestanden hat. Die Recherchen sind auch in dieser Hinsicht im Gange.

Der Herzog von Southerland bestohlen. Wie man aus Neapel meldet, ist der Herzog von Southerland, der sich dort augenblicklich aufhält, das Opfer eines frechen Taschendiebstahls geworden. Die Verbrecher raubten ihm seine Brieftasche mit einer größeren Summe Bargeldes, sowie seine goldene Uhr und Kette. Zwei Mitglieder der Camorra sind unter dem Verdacht, den Diebstahl vollführt zu haben, verhaftet worden.

Ueberfall. Man schreibt uns: Donnerstag abend wurde auf dem Rietlebener Wege in der Dölauer Heide, zwischen dem Weißen Sande und der Birkenallee, eine junge Dame von einem besser gekleideten Menschen überfallen und zweimal mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Der Fremde wollte sie ihrer Handtasche berauben. Auf die Hilferufe der Dame eilte ein Herr unter kräftigen Zurufen herbei, worauf sich der Räuber schleunigst in die Schonung flüchtete.

Eine „Millionenstiftung" Karl Mays. Zu der unter dieser Spitzmarke in Nr. 50 gebrachten Notiz wird uns von der Direktion der „Karl May-Stiftung", Dresden-Radebeul, geschrieben: „Die Notiz beruht auf irrigen Voraussetzungen. Das ganze Vermögen Mays ohne jede Einschränkung ist auf Grund seines letzten Willens durch seine Witwe der rechtsfähigen Karl May-Stiftung in Radebeul vermacht. (Lt. Erbvertrag vom 23. 12. 1913.) Die Gemeinde Hohenstein-Ernstthal war und ist weder an der Stiftungsverwaltung noch an der Erbschaft beteiligt. Die einzige Beziehung zu diesem Geburtsort Karl Mays besteht in der Klausel, daß deren Angehörige bei den Bemerkungen zu § 4 Ziffer a der Stiftungsurkunde bevorzugt werden sollen."

Ehedrama in einem Pariser Hotel. Ein Eifersuchtsdrama hat sich in einem eleganten Hotel der Pariser Vorstadt Passy abgespielt. Dort fuhren Donnerstag in einem Automobil zwei Herren und zwei Damen vor, die in heiterer Stimmung zu sein schienen und sich in dem Hotel ein gemeinsames Zimmer bestellten. Unmittelbar nach ihnen fuhr eine Dame am Hotel vor, stürmte den vier Gästen nach und streckte einen der Herren mit mehreren Revolverschüssen tot nieder. Der Ermordete ist der Kaufmann Debresse, die Mörderin seine Frau, die ihm bereits seit einigen Tagen auf seinen galanten Streifzügen nachgegangen war. Die Mörderin erklärte, daß sie ihren Mann nicht habe töten, sondern nur verwunden wollen, um einen Skandal zu provozieren und ihn so, wenn möglich, zur Vernunft zu bringen.

Letzte Depeschen.

Eine schwedische Bauernwallfahrt zum König.

Stockholm, 6. Februar.

Ungefähr 30 000 schwedische Bauern vom höchsten Norden bis zur Provinz Schonen trafen in einer Art patriotischer Wallfahrt hier ein, um dem König und dem Ministerpräsidenten ihre Geneigtheit zur Uebernahme der Rüstungsvermehrung auszudrücken und die sofortige Einleitung der entsprechenden Maßnahmen zu erbitten. In einer Riesenprozession, der die Banner der 24 Provinzen Schwedens vorangetragen wurde, begaben sich die Bauern, nachdem sie den in den verschiedenen Kirchen veranstalteten Gottesdiensten beigewohnt hatten, zum Königlichen Schloß, in dessen geräumigen Hof sie vom König empfangen wurden. Hier hielt der Führer des Zuges eine Ansprache an den König, in der er der Bedeutung dieser einzigartigen Kundgebung, der Vaterlandsliebe und Loyalität gegen ihren König Worte verlieh. Nachdem der König den Bauern seinen Dank ausgesprochen hatte, daß sie sich bei ihm eingefunden hätten, und nachdem er einen historischen Rückblick auf die Beziehungen zwischen den schwedischen Königen und ihren Untertanen geworfen hatte, schloß er mit den Worten: „Der Höchste, der bisher seine Hand über Schweden gehalten hat, bewahre unser Land und unser Volk jetzt und in kommenden Zeiten. Gott segne euch alle! Es lebe unser geliebtes Vaterland! Es lebe Schweden!"

In Erwiderung auf die Rede des Königs wurde die Nationalhymne gesungen und stürmische Hurrarufe ausgebracht. Dann zogen alle Bauern ins Schloß ein, wo sie in den Prunkgemächern vor den Majestäten, die von den Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses umgeben waren, vorüberzogen. Die Bauerndeputation begab sich dann zum Ministerpräsidenten, um ihm von dem Besuch bei dem König und den dabei ausgesprochenen Wünschen Kenntnis zu geben.

Für heute abend sind zahlreiche Feste in Aussicht genommen. Die Bevölkerung der Hauptstadt bereitet den ländlichen Gästen den herzlichsten Empfang. Indessen haben die sozialdemokratische Partei sowie eine Anzahl radikale Vereinigungen Gegenversammlungen in Stockholm und anderen Städten angekündigt, um gegen die Vermehrung der Rüstungsausgaben, die sie als ebenso unnütz bezeichnen, wie die Verlängerung des Heeresdienstes, Protest einzulegen. Im Königl. Schloß findet heute abend ein Festmahl statt, wozu 2500 von den Empfangskomitees ausgewählte Teilnehmer des großen Zuges geladen werden.

Die Wirkung des Bauernzuges.

Stockholm, 6. Februar.

Der Bauernzug machte einen großartigen unvergeßlichen Eindruck. Die Rede des Königs wurde vom Kronprinzen und von den Prinzen auch außerhalb des Schlosses den Bauern vorgelesen, die im innern Hof keinen Platz gefunden hatten. Alle in Stockholm und seiner Umgebung stehenden Regimenter gewährten den Bauern in ihren Kasernen Quartier. Die Offizieraspiranten der Kriegsschule von Karlsberg haben den Bauern ihre Schlafräume zur Verfügung gestellt und kampieren selbst in Zelten. Im ganzen haben sich 31 500 Bauern am Zuge beteiligt. — Ueber 40 000 Bauern, die nicht teilnehmen konnten, haben ihre Zustimmung gegeben. Als wichtigste Stelle in der an den König und den Ministerpräsidenten gerichteten Rede wird die Erklärung betrachtet, daß die Bauern bereit seien, die erforderlichen Opfer zu bringen, aber auch forderten, daß die ganze wichtige Verteidigungfrage schon in diesem Jahre gelöst werde.

Noch keine dritte Friedenskonferenz.

Haag, 6. Februar.

Von autorisierter Seite wird erklärt, daß die Nachricht, wonach man Einladungen zu einer dritten Friedenskonferenz erlassen hätte, falsch sind. Ehe eine solche zusammentreten könne, müsse eine internationale Kommission Organisation, Programm und Tagesordnung festsetzen. Eine solche Kommission bestehe noch nicht, doch sei die holländische Regierung damit beschäftigt, sie zu bilden.

Der Dreibund und die letzte Note Sir Greys.

London, 6. Februar.

Wie das „Reuter-Bureau" erfährt, übermittelten die Botschafter des Dreibundes dem Auswärtigen Amte einzeln und nacheinander die Antworten ihrer Regierungen auf die letzte Note Sir Edward Greys über Albanien und die Aegäischen Inseln.

Ministerialdirektor von Traut demissioniert.

Straßburg i. Els., 6. Februar.

Ministerialdirektor von Traut, der stellvertretende Leiter des Landwirtschaftsministeriums unter dem Staatssekretär Zorn von Bulach, hat seine Entlassung eingereicht.

Aus Port au Prince, 6. Februar, wird gemeldet: Die Lage ist noch immer unentschieden. Die Kammern wurden zum Zwecke der Wahl des Präsidenten einberufen. Es sind zahlreiche Kandidaten vorhanden. Man glaubt, General Zamor, dessen Eintreffen bevorsteht, werde sich zum Präsidenten aufstellen lassen und sich, wenn nötig, mit Gewalt durchsetzen. Der Senator Teodore hat sich mit dem General Monplaisir verbunden und sich zum Chef der Zivilgewalt in Cap Haitien ausrufen lassen.

Dejeuner beim österreichischen Botschafter. Aus Berlin, 6 Februar, wird gemeldet: Beim österreichisch-ungarischen Botschafter und Frau Gräfin v. Szoegyeny-Marich findet heute ein Dejeuner statt, zu dem Einladungen erhalten haben u. a. das Prinzenpaar zu Wied, Staatssekretär v. Jagow, Unterstaatssekretär Zimmermann, der italienische Botschafter Pollati und mehrere Herren und Damen der Botschaft.

Die provisorische Regierung. Aus Lima, 6. Februar, wird gemeldet: Der Minister des Aeußern hat an die fremden Vertreter ein Rundschreiben gerichtet, in welchem diese ersucht werden, mit der provisorischen Regierung in Verbindung zu treten. — Die Ordnung ist wiederhergestellt.

Schutzzoll der Gärtnereien. Aus Berlin, 6. Februar, wird gemeldet: Das Landesökonomiekollegium faßte heute nach längerer Erörterung folgenden Beschluß: Der Landwirtschaftsminister wird in grundsätzlicher Uebereinstimmung mit den Gärtnereifachverbänden gebeten, für einen ausreichenden Schutzzoll der Gärtnereien Sorge zu tragen.

Adlerorden 2. Klasse. Aus Berlin, 6. Februar, meldet man: Dem Generalmajor z. D. v. Alten, bisher Abteilungschef im Großen Generalstab, ist der Rote Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub verliehen worden.

Die indirekten Steuern und Monopole betragen, wie aus Paris, 6. Februar, gemeldet wird, im Monat Januar 356 Mill. Francs und übersteigen die Budgetschätzung um 18 821 000 Francs.

Sport-Nachrichten.

Hallischer Fußballsport.

Hohenzollernsportplatz, Merseburgerstraße. Am Sonntag nachmittag 2,45 Uhr findet das letzte Verbandsspiel erster Klasse des F. C. Hohenzollern gegen Britannia statt, das einen interessanten Verlauf zu nehmen verspricht, da beide Mannschaften in letzter Zeit ihre gute Form bewiesen haben, so die Hohenzollernmannschaft durch ihre Siege gegen Halle 96 und Borussia Halle. Die Erfolge der Hohenzollernmannschaft haben bereits eine ganze Reihe ehrenvoller Einladungen nach sich gezogen, denen der Verein in nächster Zeit nachkommen wird. Die Mannschaft wird in Prag gegen den bekannten Deutschen Fußballklub Prag spielen, ferner in Teplitz, Nürnberg, Magdeburg, Erfurt usw. Die elf jungen Hallenser, aus denen die Mannschaft besteht, lernen auf diese Weise ein Stück Welt kennen und können gleichzeitig dazu beitragen, den guten sportlichen Ruf, den unsere Vaterstadt besitzt, weiter hinauszutragen und zu verbessern.

Brüsseler Sechstage-Rennen.

Brüssel, 6. Februar.

In der vergangenen Nacht konnte die Mannschaft M. Buyl-Vanderberghe ihre Verlustrunde wieder aufholen. Andere Rundengewinne, die Lapize-Miquel und zwei amerikanische Mannschaften erzielt hatten, wurden wegen unkorrekten Abfahrens nicht anerkannt. Nach diesen Kämpfen, die sich bei Beginn des vierten Tages abgespielt hatten, machte sich eine starke Ermüdung der Fahrer geltend, so daß sich das Rennen sehr schleppend gestaltete und für den Rest der Nacht keine Vorstöße mehr erfolgten. Nach der 82. Stunde (heute früh 8 Uhr) sind 2617,570 Kilometer zurückgelegt (Nennorter Rekord 2662,050 Kilometer). Die Reihenfolge der Fahrer ist unverändert.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140207019/fragment/page=0004

Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) Filiale Halle a. S.,
Alte Promenade 3, gegenüber dem Stadttheater.
Aktienkapital und Reserven: 192 Millionen Mark.

Handel, Gewerbe u. Verkehr.

Berliner Börse.

(Telephonischer Bericht der „Saale-Ztg.")

3 Uhr 10 Minuten. Kredit 209, Diskonto 195,50, Deutsche Bank 258,75, Türkenlose 170,25, Lombarden 23, Kanada 219,50, Laurahütte 165,37, Bochumer Guss 226,50, Gelsenkirchen 196, Harpener 189, Deutsch-Luxemburg 147,25, Phönix 245,62, A. E.-G. 247,62, Hamburger Paketfahrt 141,75, Nordd. Lloyd 122,37, Grosse Berliner Strassenbahn 163,62, Hansa 294,50.

Am Kassamarkt notierten höher: Pressspanfabrik 2, Banning Maschinen 5, Flensburger Schiffsbau 2, Daimler Motoren 2,25, Egestorff Maschinen 3, Velbert, Eisengiesserei 2, Exzelsior Fahrrad 2,50, Gaggenauer Eisenwerke 2, Harburger Eisen 5,25, J. A. John 4, Linke-Hofmann 3, Adler Fahrrad 8,25, David Richter 2, Gustav Genschow 2,50, Rhein. Spiegelglas 3, Höxter Zement 3, Elektrizitäts-Lieferungs-Ges. 2,75, Lindener Weberei 2, Plauener Spitzen 6,50, Badische Anilinfabrik 24, Elberfelder Farben 28,25, Höchster Farben 6, Chem. Werke Charlottenburg 2, Donnersmarckhütte 8,75, Harkort Bergwerk 4, Kölner Bergwerk 4,75, Anilinfabrik Treptow 12,25, Märk.-Westfäl. Bergwerk 2, Wissener Metall 2, Konsolidation 7, Stadtberger Hütte 3,75, Stettiner Chamotte 3, Rositzer Zucker 2; niedriger: Gebhardt & König 4, Karl Ernst 3,50, Berlin-Anhalter Masch. 2, Düsseldorfer Masch. 2,50, Panzer 3, Küppersbusch 3, Deutsche Asphalt-Ges. 2,50, Deutsche Gasglühlicht 5, Nordd. Steingut 4, Gr.-Gerau Oelfabrik 2, Terra 2, Zimmermann Piano 2, C. Lorenz 3, Gladbacher Wolle 3,75, Albert chem. Fabrik 7, Konkordia Bergbau 3, Reisholz Papier 6,75, Kostheim Zellulose 5, Kappel Masch. 3,50, Deutsch-Austral. D. 2, Naphtha 3,75, Kanada 3.

Zum Kurszettel. Berlin, 6. Februar. 4% Badische Staats-Anleihe 08/09 unk. 18 97,20 G. 4% Bayrische Staats-Anl. 97,10 G, 4% Bayrische Staats-Anleihe 08 unk. 1918 97,10 G. 4% Schwarzburg-Sondershausen — —. 3½% Württemb. Staats-Anleihe 81-83 — —. 3% Kameruner Eisenbahn-Anteile — — 3½% Deutsch-Ostafrikanische Schuldverschr. gar. 93.75 G. 4% Cottbuser Stadt-Anleihe 1900 96.70 G. 4% Darmstädt. Stadt-Anl. 1909 unk. 16 — —, 3½% Dessauer Stadt-Anleihe 1896 — —. 4% Düsseldorfer Stadt-Anleihe 1900, 07, 08, 09 95,80 G. 4% Jenaer Stadt-Anl. 1900 — —. 3½% Jenaer Stadt-Anl. 1902 — —. 4% Nordhäuser Stadt-Anleihe 1908 unkv. 1919 — —. 4% Quedlinburger Stadt-Anleihe 1903 unk. 1918 — —. 4% Thorner Stadt-Anl. 1900, 06, 09 94.80 G. 4proz. Hessische Komm.-Obl. X-XII 96,80 G. 3½% Oesterreichische Nord-Westbahn-Obligationen 1874 konv. — —. 4½% Deutsche Solvay-Werke 98.60 bG. 4½% Elberfelder Farben unk. 1917 101.50 B. Felten & Guilleaume-Lahmeyer 06, 08 98.75 bB. Vereinigte Lausitzer Glashütten 387.00 bG.

Londoner Börse vom 6. Febr. Es notierten: Engl. Konsols $77^{11}/_{16}$, Rio Tinto 73,75, Geduld 1.25, Goldfields 2.62, Steel com 67,37, Steel prefs. —, Rand Mines 6,43, Anaconda 7.75, Eastrand 1,21, Chartered 1,09, Aurora West 0,55, Cinderella Cons. 0,54, Johannesburg Goldfields 0,12, Van Ryn 3.62, Albus (Generals) 0.68, Rand Collieries 0,18, West Rand Consols 9/0, General Mining & Fin $^{11}/_{16}$, A. Görz & Co. $^{19}/_{32}$, Modderfontain 12.68.

Der Kali-Kuxenmarkt.

Berlin, den 6. Februar.

	Käuf.	Verk.		Käuf.	Verk.
Alexandershall	8400	8600	Johannashall	2950	3075
Bergmannssegen	5700	5800	Justus-Aktien	82%	84%
Burbach	10200	10500	Kaiseroda	6400	6500
Buttlar	200	300	Krügershall	111%	114%
Carlsfund	4600	4800	Mariaglück	1325	1400
Carlsglück	300	400	Max	3300	3400
Fallersleben	1200	1275	Neusollstedt	3200	3300
Felsenfest	2700	2800	Neustassfurt	9400	9600
Glückauf	16700	17100	Reichenhall	1325	1375
Günthershall	4700	4800	Ransbach	—	—
Hansa-Silberberg	4925	5125	Ronnenberg	95%	97%
Hedwig	1328	1375	Rothenberg	2400	2500
Heiligemühle	800	875	Salzdetfurth	320%	330%
Heiligenroda	9700	9900	Salzmünde	5275	5400
Heldburg	38%	40%	Teutonia	62%	64%
Heldrungen	900	1000	Thüringen	3350	3450
Herta-Neurungen	2100	2200	Walter	1375	1485
Hohenfels	4300	4400	Wendland	—	—
Hohenzollern	—	—	Wilhelmshall	7900	8000
Hugo	8100	8300	Wintershall	17709	18000
Hüpstedt	2500	2600			

Der Aufsichtsrat des Halleschen Bankvereins beschloss, der am 20. März stattfindenden Generalversammlung eine Dividende von 9 Proz. auf das gesamte Aktienkapital von 18 Mill. Mk. vorzuschlagen.

Harzburger Bank. Die Verwaltung schlägt wieder 7 Proz. Dividende vor.

Eine neue Kölner Stadtanleihe. Die Stadt Köln beabsichtigt, eine neue 4proz. Anleihe in Höhe von 10—15 Mill. Mk. aufzunehmen.

Gewerkschaft Alexandershall, Berka a. d. Werra. Der Nettoüberschuss für die ersten drei Quartale 1913 betrug 1 312 026 Mk., für das ganze Jahr 1913 etwa 1 675 000 (i. V. 1 480 670) Mk. Im Schachte Dankmarshausen wurde der Vorschacht von 214,99 m bis 233,16 m und der Hauptschacht von 196,80 bis 226 m vorgebracht. Das Liegende des Plattendolomits wurde bei 216,5 m erreicht; der Vorschacht steht im Zechsteinletten mit Gipsschnüren. Bei 230 bis 231,05 m wurde eine feste Bank durchbohrt, in welcher die Moosbüchse verlagert werden soll. Mit der Anlieferung der Cuvelage-Ringe wurde im Dezember begonnen. Die Vorbohrung ist beendet. Der Schacht steht heute in einer Teufe von 236,48 m. Im Schacht Abteroda ist ein neuer Zementpfropfen eingebracht worden. Nach einer Abbindezeit von drei Wochen ist am 15. Dezember der Schacht gesümpft worden. Der Zementpfropfen hatte eine Stärke von 5 m; hiervon wurden 1½ m abgetragen, sodann 2½ m Beton aufgestampft, in welchen 10 Bohrstandrohre gleichzeitig mit eingebettet worden sind. Hierauf wurden die Zementierungsarbeiten sofort wieder aufgenommen. Die Verwaltung hofft, sie in etwa einem Monat zu Ende geführt zu haben, worauf die eigentlichen Abteufarbeiten fortgesetzt werden.

Vom Stahlwerksverband. Nach der provisorischen Aufstellung über den Versand im Januar 1914 hat dieser sich ungefähr auf der Höhe des vorhergehenden Monats gehalten, er ist sogar um rund 7400 t grösser. Insgesamt wurden rund 450 000 t gegen 457 472 t im Dezember 1913 und 535 625 t im Januar 1913 versandt. Davon entfallen auf Halbzeug rund 142 000 t gegen 130 538 bezw. 162 734 t, auf Formeisen rund 98 000 t gegen 94 436 bezw. 143 070 t und auf Eisenbahnmaterial 210 000 t gegen 232 504 bezw. 229 821 t.

Novelle zum Kaligesetz. Wie man hört, wird die Novelle zum Kaligesetz der nächsten Plenarsitzung des Bundesrates vorliegen. Die Kaliindustrie, welche bekanntlich ein gesetzliches Eingreifen bekämpft, wird ungeachtet der Beratungen des Bundesrates ihre Bindungsaktion fortführen in der Erwartung, dass der Reichstag, wenn ein umfassendes Bindungsresultat vorliegt, die Novelle ablehnen wird.

Eine bevorstehende Kapitalserhöhung bei der Donnersmarckhütte. Innerhalb der Verwaltung haben auf Anregung aus Aktionärkreisen unverbindliche Besprechungen stattgefunden, welche auf eine Erhöhung des bisher 12 615 000 Mk. betragenden Aktienkapitals auf 15 Mill. Mk. abzielen. Es ist beabsichtigt, die neuen Aktien den bisherigen Aktionären im Verhältnis von je einer neuen zu je 5 alten Aktien zum Kurse von etwa 150 Proz. zuzüglich Stempelkosten anzubieten. Die Kapitaserhöhung soll dienen zur Bestreitung der für den Neubau einer Hochofenanlage sowie für den Ausbau der Röhrengiesserei und für den Bau von Arbeiterwohnungen notwendigen Mittel. Die Dividende für das verflossene Geschäftsjahr ist mit 25 (20) Proz. in Aussicht genommen.

Zementverdingung. Die Eisenbahndirektion Saarbrücken forderte Offerten ein für Lieferung von rund 36 Mill. kg Portland- oder Eisenportlandzement. Es wurden angeboten für Saarbrücken zu 26,50—33 Mk., Cochem 20—23,30 Mk., Mayen 19.50—23,75 Mk., Trier 19—37,25 Mk., Neunkirchen 19—26,50 Mk., Eltville 19,50 Mk., Worms 20 Mk., Langenlonsheim 20 Mk., Dillingen 26,50—32,50 Mark, Kronweiler 24,40 Mk., Bingen 21.20—27,50 Mk., Eberbach oder Friedrichsfeld 21,20—27 Mk. und für Mainz 22 Mk.

Die Süddeutsche Mühlenvereinigung in Mannheim hat den Weizenmehlpreis um 25 Pfg. auf 30,75 Mk. den Doppelzentner Grosshandel ab Mühle ermässigt.

Vom Giessereiverband wird berichtet: Nach Beendigung des Balkankrieges durfte die deutsche Eisenindustrie hoffen, in den Balkanländern ein aussichtsreiches Absatzgebiet zu finden. Für die deutschen Eisengiessereien scheint sich diese Hoffnung jedoch nicht zu erfüllen. Die Bemühungen, die von deutschen Eisengiessereien in letzter Zeit auf dem Balkan unternommen worden sind, zu Geschäftsabschlüssen zu kommen, haben nämlich nur geringen Erfolg gehabt. Die österreichischen Giessereien können billigere Preise stellen. Unsere deutschen Giessereien kommen durch den hohen Einkaufspreis der Rohstoffe in ihrer Kalkulation zu Preisen, die erheblich über den österreichischen liegen. Hier erfordert ein dringendes Interesse unseres deutschen Exports eine Aenderung der Preispolitik der Rohstoffverbände; sonst werden die deutschen Eisengiessereien von dem Balkanmarkte durch Oesterreich verdrängt werden.

Rauchwaren-Zurichterei und Färberei Akt.-Ges. vorm. Louis Walters Nachfolger in Markranstädt. Der Abschluss für 1913 ergibt einen Rückgang der Dividende von 20 auf 16 Proz., nachdem für die Jahre 1909 bis 1912 7, 15, 11 und 20 Proz. verteilt worden waren. Die Gesellschaft erzielte nämlich einen Fabrikationsgewinn von 535 265 (654 820) Mk. und nach Abschreibungen auf Immobilien und Sachkonten von 100 321 (83 461) Mk. einen Reingewinn von 276 696 (441 868) Mk. Es wurde beschlossen, nach Rücklage von 4000 Mk. für Talonsteuer auf das Aktienkapital von 1 200 000 Mk. eine Dividende von 16 (20) Proz. zu verteilen und den Restgewinn von 26 731 (25 139) Mk. vorzutragen. Die Reserven, die mit 300 000 Mk. vom Aufsichtsrat als ausreichend betrachtet wurden, bleiben unverändert.

Neueröfinete Konkurse. Kolonialwarenhandlung F. Funke, Berlin-Oberschöneweide. Tischlermeister R. Gartner, Berlin. Schneidermeister H. Iswig, Berlin. Kaufm. L. Mulvidson, Berlin. Kaufmann Jakob Schmidt, Lixfeld. Töpfermeister Anton Woida, Culmsee. Malermeister Karl Kremer, Redingen. Kaufmann G. H. Becker, Dresden. Kaufmann Bernhard Hertz, Duisburg. Kaufmann Carl Wawra, Greiffenberg. Juwelier Emil Rühl, Halle a. S. Kurzwarengeschäft Franz Julius Kotze, Kiel. Löwenwirt Leonhard Hein, Blaufelden. Heinold & Wügner, Dampfsägewerk, Creglingen. Sattlermeister J. Frank, Mülheim (Ruhr). Fa. Gebr. Mamroth, G. m. b. H., München. Mary Martin, Spielwaren, München. Musikinstrumentenhandlung Maria Stadler, M.-Gladbach. Kaufmann Philipp Glaser, Nürnberg. Kaufmann Oswald Th. Grabich, Rosswein. † Kaufmann Albert Lietzmann und Frau Margareta, Saarbrücken. Uhrmacher Konrad Blank, Schneidemühl. Gastwirtseheleute Xaver und Rosine Reichle, Bodingen. Kaufmann W. Kessing, Soest. Kaufmann Friedrich Barowsky, Tilsit. Müller Hans Richter, Triebel. Landwirt Ludwig Horn, Wehhausen. Fabrikant Friedrich Schimpff, Uslar. Bäckermeister Bruno Mauhardt, Wernigerode.

Waren und Produkte.

Getreide.

Berliner Produktenbörse, 6 Februar. Am Frühmarkt notieren Weizen inländ. 186,00—190,00 ab Bahn u. frei Mühle, Roggen loco 153.50—154.00 ab Bahn u. frei Mühle. Hafer, märkischer, mecklenburgischer pomm., preussischer, posenscher und schlesischer fein 167—182, mittel 153—166, gering — — russisch. und Donau mittel — —, gering — — — ab Bahn und frei Wagen. Mais, amerik. mix. 169.00—172.00, Donau mix. 160.00—163.00, runder 148—152 frei Wagen. Gerste, inländ Futtergerste, mittel und gering 142—146, gute 147.00—156.00, russische und Donau leichte 134—136, schwere 137.00—146.00 ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländische u. ausländische Futterware mittel 160—163, Taubenerbsen 169—192 ab Bahn u. frei Wagen. Weizenmehl 00 21.75—27.00. Roggenmehl 0 und 1 18.90—21.30. Weizenkleie 10.60—11.10. Roggenkleie 10.00—10.60. Lupinen, blaue — — —, gelbe — — —. Wicken — — —. Seradella 11 — M.

Hamburg, 6. Februar. (Getreidemarkt). Weizen ruhig ostholsteiner und mecklenburger 187—193,00. Roggen ruhig mecklenbrg. u altmärk. neuer 156—162.00, russ. cif. 9 Pud 10/15 Dez.-Jan. 115.75. Gerste stetig, südruss. cif. Jan. 109.00. Hafer ruhig. neuer holsteiner und mecklenburger 156—162. Mais, ruhig, amerikanisch. mixed cif. per Jan.-April —, La Plata cif. neue Ernte April-Mai 104.00.

Liverpool, 6. Febr. Ruhig Roter Winterweizen per März 7—2½, per Mai 7—2. Mais träge, La Plata, alte Ernte, März 4—8¾, bunter amerik., neue Ernte, Juli 4—7⅛.

Antwerpen, 6. Febr. Deutscher La Platazug, Kontrakt: per Februar 6.35, März 6.35, April 6.30, Mai 6.27½, Juni 6,25. Umsatz 135 000 kg. Tendenz: stetig.

Budapest, 6. Februar. Weizen, Tendenz fest, per April 12.06 Mai 11.99, Oktbr. 10.93 Roggen, Tendenz fest, per April 9,06. Oktbr. 8.54. Hafer, Tendenz fest, per April 7.80. Oktbr. 7,77. Mais, Tendenz fest, per Mai 6 75, Juli 6.87, Raps, Tendenz fest, August 15.55.

Zucker.

Magdeburg, 6. Februar. Abend-Kurse. Februar 9.30, März 9.35, April 9.42½, Mai 9.52½, August 9,75, Oktbr.-Dezbr. 9,62½. Tendenz ruhiger.

Hamburg, 6. Februar. Rübenrohzucker, 1. Prod., Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg

	vorm.	nachm.	abends
per Februar	9.35	9.32½	9.32½ M.
„ März	9.40	9.37½	9.37½ „
„ April	9.45	9.42½	9.42½ „
„ Mai	9.55	9.55	9.55 „
„ August	9.77½	9.77½	9.77½ „
„ Okt.-Dez.	9.67½	9.65	9.65 „
	ruhig	ruhig	ruhig

Kaffee.

Hamburg, 6. Februar. Godo average Santos

	vorm.	nachmittags	abends
per März	50.75 G.	50.50 G.	50.25 G.
„ Mai	51.25 G.	51.25 G.	51.00 G.
„ September	52.50 G.	52.25 G.	52.00 G.
„ Dezember	53.00 G.	52.75 G.	52.75 G.
	ruhig, aber behpt.	ruhig	ruhig

Rio de Janeiro, 6. Februar. Kaffee-Zufuhren 7300 Sack in Rio, 25000 Sack in Santos.

Havre, 6. Februar. Kaffee good average Santos per März 63.00, per Mai 63.25. per Sept. 64.00, Dez. 64.50. Ruhig.

Kartoffelmehl und Stärke.

Magdeburg, 6. Februar. Prima Kartoffelstärke und Mehl für 100 kg 18.50—19.00. Still.

Spiritus.

Nordhausen, 6. Febr. Branntwein 35 Vol. Proz. für 100 kg (104—105 l) 81.75—82.75 M., do. 40 Vol. Proz. für 100 kg (105 bis 106 l) 92.50—93.75 M. per loko 12 19 ohne Fass ab Brennerei.

Fettwaren und Oele.

Köln, 6. Februar. Rüböl per loko 69.00, per Mai 66.50.

Hamburg, 6. Febr. Stadtschmalz 64,00, amerikan. Steam 54.50, Chamberlain 55,50. Tendenz fest.

Chemische Produkte.

Hamburg, . Febr. Chilisalpeter per loko 10.25, Febr.-März 10.25, frei Fahrzeug Hamburg. Tendenz: fest.

Wolle.

Bremen, 6. Februar. Baumwolle Upl. loko middl. 63.50.

Liverpool, 6. Febr. Aegypt. Baumwolle per März 9.22.

Liverpool, 6. Februar. Baumwolle, Umsatz 8000 Ballen, Import 33 000 Ballen, davon amerik. Lieferg. 21 000 Ballen.

Alexandria, 6. Februar. Aegyptische Baumwolle per März 17.20, Mai 17.29, Novbr. 18.05.

Metalle.

London, 6. Febr. Chili-Kupfer, flau, 65⅛, 3 Mon. 65⅛, Zinn, Straits, träge 185½, 3 Mon. 186¾, Blei span., stetig 19⅝, engl. 20¼, Zink, gew. Marke, ruhig 21⅛, spez. Marke 22¼.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmeldung via Azoren-Emden.

New York.	6. 2.	5. 2.		6. 2.	5. 2.
Weizen p. Mai	100¼	99⅞	Roggen loko	—	61¾
„ „ Juli	97	96⅝	Schmalz p. Mai	11.10	11.12
Mais loko	69⅛	68⅝	„ „ Juli	11.27	11.30
Mehl Spring cl.	3.80	3.80	**New York**		
Chicago.			Petroleum in Cases	11.25	11.25
Weizen p. Mai	93¼	92⅞	do. in Stard. Withe	8.75	8.75
„ „ Juli	88⅞	88⅝	do. in Cred. Balanc.	200	200
Mais p. Mai	66½	65¾	Kaffee loko	9½	9½
„ „ Juli	65⅝	65	„ p. Februar	9.16	9.24
Hafer p. Mai	39½	39⅛	„ p. April	9.31	9.41
„ „ Juli	89⅜	39⅛			

Tendenz: Weizen stetig, Mais fest.

Schiffsnachrichten

Hamburg-Amerika-Linie.

(Bureau in Halle: Georg Schultze, Bernburgerstr. 32.)

Die nächsten Abfahrten von Post- und Passagierdampfern finden statt: Nach New York: 11. Februar President Lincoln. 19. Febr. Graf Waldersee. 26. Febr. Kaiserin Auguste Viktoria. 28. Febr. Pretoria. 5. März Amerika. 7. März President Grant. 11. März Imperator. — Nach Boston (Mass.): 10. Febr. Indianola und Fürst Bismarck. 25. Febr. Rhaetia. — Nach Philadelphia: 22. Febr. Dortmund. 1. März Prinz Oskar. — Nach Baltimore: 7. Febr. Bulgaria. 17. Febr. Bosnia. — Nach New Orleans: 10. Febr. Indianola. — Nach Savannah, Ga.: 28. Febr. Weissenfelde. — Nach Westindien: 19. Febr. Schwarzwald. — Nach Mexiko und Cuba: 14. Febr. Kronprinzessin Cecilie. 17. Febr. Steigerwald. 18. Febr. Calabria. — Nach Ostasien: 15. Febr. Schwarzburg. 20. Febr. Uckermark. 28. Febr. Altmark. — Nach Wladiwostok: 15. Febr. Schwarzburg. 30. März River Clyde und Nicomedia. — Arabisch-Persischer Dienst: 21. Febr. Persepolis — Von Genua nach New York: 15. Febr. Cincinnati. — Von Neapel nach New York: 16. Febr. Cincinnati. — Von Genua nach New York: 11. März Hamburg. — Von Neapel nach New York: 12. März Hamburg.

Norddeutscher Lloyd in Bremen.

(Bureau in Halle: L. Schönlicht, Bankgeschäft, Poststrasse.)

Neueste Dampferbewegungen:

Prinz Friedrich Wilhelm 1. Febr. von Cherbourg. Wittekind 30. Jan. von Philadelphia. Erlangen 1. Febr. Ouessant passiert. Franken 31. Jan. in Buenos Aires. Coburg 2. Febr. in Montevideo Sierra Cordoba 31. Jan. von Funchal. Zieten 1. Febr. in Adelaide. Friedrich der Grosse 2. Febr. von Suez. Goeben 2. Febr. in Yokohama. Derfflinger 31. Jan. in Singapore. Kleist 1. Febr. von Aden. Prinz Eitel Friedrich 1. Febr. von Algier. Gernis 1. Febr. in Antwerpen. George Washington 31. Jan. von New York. Scharnhorst 2. Febr. in Bremerhaven. Hannover 30. Jan. von New Orleans. Brandenburg 31. Jan. in Bremerhaven. Gotha 31. Jan. St. Vincent passiert. Giessen 2. Febr. in Bremerhaven. Königin Luise 1. Febr. von Genua. Seydlitz 1. Febr. von Fremandtle. Ganelon 2. Febr. in Antwerpen. Schlesien 1. Febr. Gibraltar passiert. Princess Alice 2. Febr. in Bremerhaven. Lützow 1. Febr. in Colombo. Bülow 2. Febr. in Neapel. Prinz Ludwig 2. Febr. in Hongkong. Manila 2. Febr. von Singapore Berlin 31. Jan. von New York. Prinzess Irene 1. Febr. Gibraltar pass. Prinz Heinrich 2. Febr. in Alexandrien. Prinzregent Luitpold 2. Febr. in Marseille. Schleswig 31. Jan. von Venedig.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null.)

Saale und Unstrut.					Fall	Wuchs
Artern	4. Febr.	+1,18	5. Febr.	+1,16	2	—
Nebra, Oberpegel	„	+2,00	„	+2,02	—	2
„ Unterpegel	„	+1,42	„	+1,42	—	—
Weissenfels, Oberpegel	„	+2,36	„	+2,36	—	—
„ Unterpegel	„	+0,06	„	+0,06	—	—
Trotha	5. „	+1,74	6. „	+1,70	4	—
Alsleben, Oberpegel	4. „	+2,36	5. „	+2,36	—	—
„ Unterpegel	„	+1,24	„	+1,24	—	—
Bernburg	„	+0,92	„	+0,90	2	—
Calbe, Oberpegel	„	+1,50	„	+1,50	—	—
„ Unterpegel	„	+0,58	„	+0,52	6	—

Iser, Eger, Elbe, Moldau.

	Februar		Fall	Wuchs		Februar		Fall	Wuchs
Jungbunzel	5.	—0,06	1	—	Wittenberg	6.	+1,47	5	—
Laun	„	—0,16	3	—	Rosslau	„	+0,84	6	—
Budweis	„	—0,17	—	3	Barby	„	+1,20	1	—
Prag	6.	—0,18	2	—	Schönebeck	„	+1,14	—	2
Pardubitz	5.	—0,45	—	—	Magdeburg	„	+0,91	2	—
Brandeis	„	+1,00	1	—	Tangermde.	„	+1,66	—	2
Melnik	„	—0,40	4	—	Wittenberge	„	+1,52	—	5
Leitmeritz	6.	+0,82	10	—	Dömitz	5.	+0,95	—	2
Aussig	„	+0,81	14	—	Boizenburg	„	+0,91	—	—
Dresden	„	—1,59	1	—	Hohnstorf	6.	+1,04	—	—
Torgau	„	+0,23	9	—	Lauenburg	„	+1,02	—	2

Aussig, 6. Februar. Pegelstand +1.80 m. Vom Oberlauf werden 0,15 m Fall gemeldet.

Verantwortlich für den politischen Teil: Siegfried Dyck; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Feuchtwanger; für Ausland u. letzte Nachrichten: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Albert Barth; Druck und Verlag von Otto Hendel Sämtlich in Halle. — Zuschriften an die Redaktion, Berichte, Einsendungen usw. sind stets an die Redaktion der „Saale-Zeitung", nicht an die Adresse einzelner Redakteure zu richten.

— Diese Nummer umfaßt 8 Seiten — einschließlich Unterhaltungsblatt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140207019/fragment/page=0005

Die Rubrik in Kursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:
a 1.1.7. · *b* 1.2.8. · *c* 1.3.9. · *d* 1.4.10. · *e* 1.5.11. · *f* 1.6.12. · *g* 15.3.9. · *h* 15.4.10. · *i* 15.5.11. · *k* 15.6.12. · *l* 11.6.12. · *v* versch. · q_1 quartaliter 1.1.4.7.10. · q_2 do. 1.2.5.8.11. · q_3 do. 1.3.6.9.12.

Berliner Börse, 6. Febr. 1914

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Leu, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70. 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,125. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.
Berlin. Bankdiskont 4%, Lombardzinsfuß 5%, Privatdiskont 3¼%
Nachdruck verboten.

do. Smyrna T	1	0	56.75G
do. Thür. Met	7	15	206.25bG
do. Zyp. u. Wss	7	12	169.00G
Viktoriawerk	O	6	91.25bG
VogelTel.Dr.	O	13	184.50bG
Vogt & Wolf	9	13	233.50G
Vogtl. Masch	7	30	330.75b
do. V.-A.	7	30	331.00G
do. Tüllfabr.	1	10	171.25bG
Voigt&Wind.	i.L	frc	200.00G
Vorwärts Blf.	1	0	42.40B
Vorwohl. PtlC	1	18	233.00b
Wander. Wk	O	24	366.00bG
Warstein. Gr.	7	9	131.00G
WwkGelsenk	1	10	203.75b
Aug. Weglin	7	14	225.00b
Wegel.&Hbn	1	12	163.00bG
Wanderoth	7	6	93.00G
Wrnsh. Kmg.	1	10	—.—
do. V.-A.	1	11	136.60G
Wrsch. Wssf.	4	11	210.00b
L. Wessel Prz	1	3	51.40b
Weser A.-G.	1	4	65.60bG
Westd. Jute	1	8	132.25bG
WesteregAlk	1	13	196.50bG
Westfal. PtlC	1	5	123.00bB
WstfDrHamm	7	10½	164.00bG
do.do.Langd	7	3	101.50b
do. Kupfer	7	8	106.00bG
do. Stahlwrk	7	0	47.00bG
Westf. Bodg.	i.L	frc	578.00b
Wicking PtlC	1	5	107.50bG
WickrathLed	1	9	196.00B
Wiel.&Hrdtm	8	8	94.00b
WieslochTw.	1	8	122.25G
Wilhelmshtt	7	6	86.00bG
WilkeDmpfk.	4	6	106.00B
H. Wissner	7	23	297.00bG
Witten. Glas	1	4	80.25b
do. Gusstahl	7	14	201.50bG
do. Stahlröhr	7	0	140.00bG
Wrede Mälz.	9	5	77.75b
Wunderlich	N	14	204.00B
ZechauKrb.	1	3	86.50b
Zeitzer Msch	7	20	293.60bG
ZellstoffVer.	7	0	77.30bG
do.-Waldhof	1	15	231.00bG

Wechsel

Amst.-Rtt.	8 T.	5	169.40B
do.	2 M.	5	168.10G
Brüss. u. A	8 T.	4	80.75G
Kopenhg.	8 T.	5	112.35b
London	vista	3	20.455b
do.	8 T.	3	20.44b
do.	3 M.	3	20.34G
Madr. u. B	14 T.	4½	76.45b
Neuyork	vista	—	4.205b
Paris	vista	—	81.225b
do.	8 T.	3½	81.30bB
do.	2 M.	3½	80.70G
Wien	8 T.	4½	85.20B
do.	2 M.	4½	83.90G
Schweiz	8 T.	4	81.15B
Stockhlm	10 T.	4½	112.40B
Ital. Plätze	10 T.	5½	80.75G
Petersb.	8 T.	6	214.90G
Warschau	8 T.	6	84.95bB

Gold, Silber, Banknoten

Sovereigns p. Stück	20.415b
20-Frank-Stücke	16.255b
N. Russ. Gold p. 100 R	215.85b
Amerik. Noten	4.20b
do. do. kleine	4.19b
do. Kup. zb N.-Y.	—.—
Belgische Noten	80.85b
Engl. Banknoten 1 L.	20.45b
Franz. Bankn. 100 Fr.	81.25b
Holländ. Banknoten	169.40b
Italienische Noten	80.95b
Norwegische Noten	112.30b
Oest. Noten 100 Kr.	35.25b
Russ. Noten 100 Rb.	216.00b
do. Zoll-Kup. kl.	322.50b
Schwedische Noten	112.45b
Schweiz. Not. 100 Fr.	81.25b

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140207019/fragment/page=0006
DFG